



Jubiläum

70 Jahre Verband der
Siebenbürger Sachsen in NRW
[ab Seite 8](#)

Neue Dauerausstellung im Haus Schlesien

Feierliche Eröffnung
[ab Seite 12](#)

Neue Attraktion im Oberschlesischen Landesmuseum

Escape-Room eröffnet
[ab Seite 20](#)

Vierter Runder Tisch

Treffen mit den
SED-Opferverbänden
[ab Seite 22](#)

Symposium des St. Hedwigs-Hauses:

Deutsche aus Russland in der öffentlichen
Wahrnehmung
[ab Seite 36](#)

Kulturfestival der Deutschen Minderheit in Breslau

Begegnungen und Gespräche
[ab Seite 44](#)

Der Landesbeirat
für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen





Liebe Leserinnen und Leser,

wieder können wir Ihnen in unserer zweiten Ausgabe in diesem Kalenderjahr – der siebten mittlerweile insgesamt – eine breite Palette verschiedener Themen anbieten.

Über die Feierlichkeiten zum 70-jährigen Bestehen unserer Patenlandsmannschaft des Verbandes der Siebenbürger-Sachsen in Nordrhein-Westfalen, über den vierten „Runden Tisch“ mit den Vertreterinnen und Vertretern der in NRW ansässigen SED-Opferverbände bis hin zu einem Bericht über das große Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen, das nach einer coronabedingten Pause im September wieder in Breslau stattfinden konnte.

Ein ausführlicher Bericht und ein Interview über die neue Dauerausstellung im Haus Schlesien in Königswinter darf natürlich genauso wenig fehlen wie die Eröffnung eines Escape-Rooms im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen. Sowohl die sehr ansprechende Einbindung digitaler Medien – gefördert durch das Land NRW – in der neuen Dauerstellung im Haus Schlesien als auch ein Escape Room, der neugierig macht auf mehr, sind meines Erachtens sehr gute Beispiele, Besucherinnen und Besucher zusätzlich außerhalb der eigenen Community anzulocken und damit Geschichte und Kultur von Regionen und Menschen über den familiär interessierten Kreis heraus zu transportieren.

Ferner berichten wir u. a. über die Förderschwerpunkte nach § 96 BVFG, die Möglichkeiten des neuen Digitalchecks sowie über die Rahmenbedingungen für den nächsten Landesbeirat. Ein (Rück-)blick in die Geschichte des Landesbeirats darf natürlich auch diesmal nicht fehlen.

Neu ist unsere Rubrik „Kurzmeldungen“ bei der wir kurz und prägnant über ausgewählte Veranstaltungen berichten.

Dies ist keine vollständige Aufzählung aller Artikel in dieser Ausgabe, aber selbst diese Auswahl macht schon deutlich, dass in der „Szene“ der Heimatvertriebenen, der (Spät)-Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der Übersiedlerinnen und Übersiedler sowie Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR, die vor dem Mauerfall zu uns gekommen sind, nach wie vor viele Aktivitäten und Begegnungen – Corona zum Trotz – stattfinden und diese Gruppen somit einen wichtigen Bestandteil des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens hier in Nordrhein-Westfalen darstellen.

Ich wünsche Ihrer Familie und Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!

Es grüßt Sie

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Heiko Hendriks'. The signature is stylized and fluid, written in a cursive-like style.

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

- | | |
|--|---|
| <p>2 Editorial</p> <p>4 Digitale Teilhabe für alle – DigitalCheck NRW</p> <p>5 Bestellung eines neuen Landesbeirats</p> <p>5 Spätaussiedlerzahlen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit</p> <p>6 § 96 BVFG: Förderschwerpunkte</p> <p>8 Eine Brücke in die Zukunft des Verbandes – 70 Jahre Siebenbürger Sachsen in NRW</p> <p>12 Neue Dauerausstellung im Haus Schlesien in Königswinter</p> <p>14 Im Gespräch mit ... Nicola Remig, Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums im Haus Schlesien</p> <p>16 Lycker Heimattreffen 2022 in Hagen</p> <p>18 Internationale Tagung zur „Bunzlauer Heimatsammlung“ im Haus Schlesien</p> <p>19 100 Jahre Stadtrechte für das „größte Dorf Europas“ – 35. Hindenburger Heimattreffen in Essen</p> <p>20 Escape room „Silesia Challenges“ im Oberschlesischen Landesmuseum</p> <p>22 Vierter Runder Tisch mit den SED-Opferverbänden</p> | <p>25 Kranzniederlegungen und Ansprachen anlässlich des 17. Juni und des 9. November</p> <p>26 Im Gespräch mit ... Felix Heinz Holtschke, Landesvorsitzender der VOS e.V.</p> <p>30 Ostdeutscher Markttag in Bonn – Stand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Heimatverbandes Bruna</p> <p>32 „Tag der Pommern“ im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf</p> <p>34 Kurzmitteilungen aus Verbänden und Veranstaltungen</p> <p>36 Symposium in Fulda: „Meinung – Mitsprache – Mitwirkung. Deutsche aus Russland in der öffentlichen Wahrnehmung“</p> <p>40 72. Heimattag des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl</p> <p>44 VII. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen</p> <p>48 Chronik des NRW Landesbeirates: Kapitel 6 – Im Stich gelassen? Neue Ostpolitik</p> <p>51 Infos VAS online</p> <p>52 Impressum</p> |
|--|---|

Bildnachweise Cover: oben von links nach rechts: Trachtengruppe 72. Heimattag Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl (Verband Siebenbürger Sachsen), Eröffnung Kulturfestival Breslau 2022 (Garbar, MKW), Neue Ausstellung Haus Schlesien (Garbar, MKW), Lycker Heimattreffen in Hagen (Dieter-J. Czudnochowski), Symposium in Fulda (St. Hedwigs-Haus), 70 Jahre LG Siebenbürger Sachsen NRW (Brian Tittes), Kranzniederlegung Schloss Burg (BdV NRW), Vierter Runder Tisch mit SED-Opferverbänden (Garbar, MKW), Escape Room OSLM (LeonieLangenFotografie), Tag der Heimat in Iserlohn (BdV NRW)

DIGITALE TEILHABE FÜR ALLE

Fünfsprachiger #DigitalCheckNRW macht es möglich

VON THOMAS HENDEL

Medienkompetenz ist gerade in Zeiten von Desinformation und Fake News ein wichtiger Bestandteil digitaler Teilhabe.

Seit mehr als zwei Jahren fördert das Projekt #DigitalCheckNRW die Medienkompetenz in Nordrhein-Westfalen. Um digitale Teilhabe und Medienkompetenz auch bei russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger zu stärken, wurde der #DigitalCheckNRW jüngst ins Russische übersetzt. Damit gibt es den kostenlosen Selbsttest nun in insgesamt fünf Sprachen, nämlich in Deutsch, Englisch, Arabisch, Türkisch und Russisch.



„#Digital-CheckNRW ins Russische übersetzt“

© Andy Winterholer

Seit 2020 hilft der #DigitalCheckNRW, eigenes Wissen rund um digitale Medien zu verorten und passende Weiterbildungen zu finden. Das Projekt der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) wird gefördert durch den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Der kostenlose Selbsttest unter www.digitalcheck.nrw richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens nach Beendigung der Schule.

Mit dem #DigitalCheckNRW können Nutzerinnen und Nutzer herausfinden, wie fit sie im Umgang mit digitalen Medien sind. Neben dem Ergebnis liefert der Online-Test passende Weiterbildungsangebote – vor Ort oder auch online. Der #DigitalCheckNRW ist ein einfach zugänglicher und kostenloser Selbsttest im Internet. Er hilft, eigenes Wissen rund um digitale Medien zu verorten und passende Weiterbildungen zu finden.

Im Anschluss an jede Frage sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine ausführliche Antwort. Sind alle Fragen beantwortet, erhalten sie ihr Ergebnis in Punkten

und bekommen passende Weiterbildungsangebote in der Nähe und auch online vorgeschlagen. Hunderte Kurse zur Medienkompetenzförderung sind bereits in der Datenbank aufrufbar.

Dass dabei die Mehrsprachigkeit eine wichtige Rolle spielt, liegt auf der Hand. Digitale Teilhabe und Medienkompetenz sollten unabhängig von der gesprochenen Sprache für alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens selbstverständlich sein.

Die jüngste Übersetzung des Tests ins Russische war für das Team des #DigitalCheckNRW daher eine logische Folge vergangener Ereignisse. „Auf dem diesjährigen Deutsche Welle (DW) Global Media Forum in Bonn wurde noch einmal deutlich, dass sich Lügen und Falschnachrichten sehr viel schneller verbreiten als Fakten. In Zeiten, in denen Desinformation die Menschen verunsichert, möchten wir die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger stärken – in ihrer jeweiligen Sprache. Deswegen war es uns ein großes Anliegen, den #DigitalCheckNRW auch ins Russische zu übersetzen.“ betont Projektleiterin Anja Pielsticker.

Gerade wurde der Test um den Themenschwerpunkt „Künstliche Intelligenz“ erweitert. Zukünftig soll es von ihm auch eine Version in Leichter Sprache geben.

Die **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e. V.** (GMK) wurde 1984 als bundesweiter Zusammenschluss von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Medien gegründet. Als größter medienpädagogischer Dach- und Fachverband für Institutionen und Einzelpersonen ist die GMK Plattform für Diskussionen, Kooperationen und neue Initiativen. Die Geschäftsstelle koordiniert die bundesweiten GMK-Aktivitäten sowie die Außenvertretung der GMK als gemeinnütziger Verein.



GMK e.V.: Obernstr. 24a, 33602 Bielefeld
E-Mail: digitalcheck@medienpaed.de
Ansprechpartner: Thomas Hendele

AUCH IN DIESER PERIODE WIRD EIN LANDESBEIRAT BESTELLT ...

Der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen wurde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erstmals 1948 einberufen und ist damit eines der ältesten noch existierenden Gremien.

Im Jahr 2023 feiert der Landesbeirat demnach bereits sein 75-jähriges Jubiläum! Seine Arbeitsgrundlage ist seit 2012 die sog. Beiräteverordnung. Aufgrund von Änderungen im zugrundeliegenden Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (TIntG) musste in 2022 auch die Beiräteverordnung inhaltlich angepasst werden. Nach wie vor beruft das zuständige Ministerium – in diesem Fall das Ministerium für Kultur und Wissenschaft – alle 15 Mitglieder des neu zusammenzustellenden

Landesbeirats und ernennt auch die Vorsitzende/den Vorsitzenden. Neu ist die Zusammensetzung: Die Kultur- und Bildungseinrichtungen haben ein Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder, die Vertriebenen- und Aussiedlerorganisationen dürfen sechs Mitglieder vorschlagen und vier Mitglieder werden aus dem wirtschaftlichen oder sozialen Bereich berufen.

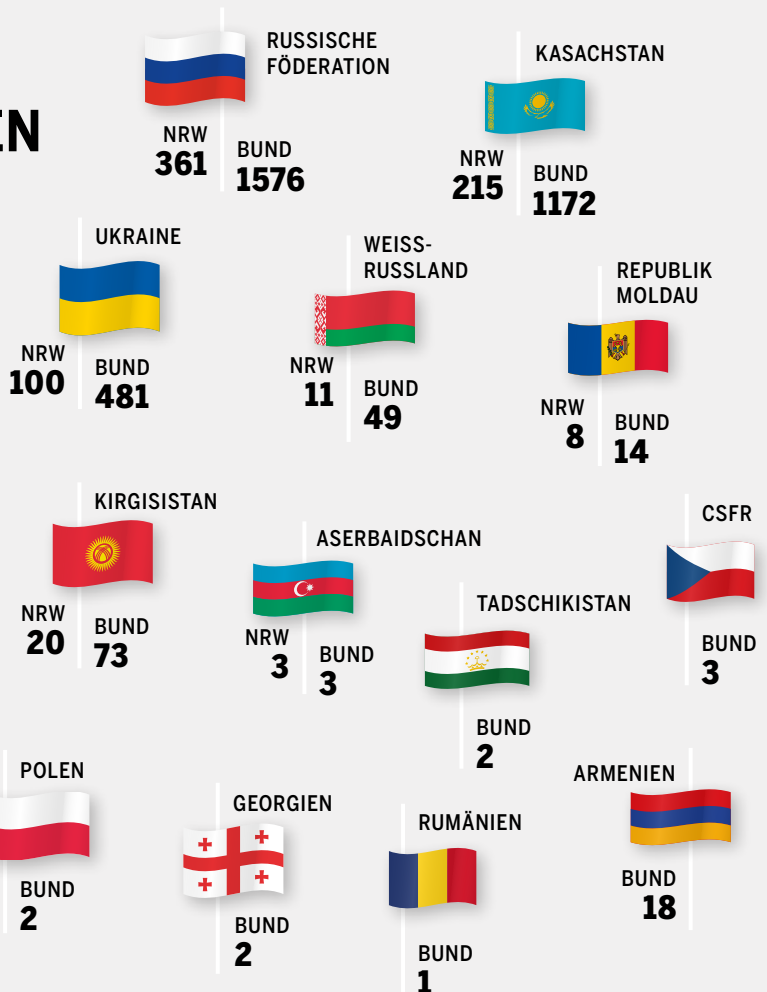
Das Landesgleichstellungsgesetz wird stärker als bisher berücksichtigt werden, d.h. die Hälfte der Plätze soll durch Frauen besetzt werden. Jedes Mitglied muss eine persönliche Stellvertretung haben.

In der nächsten Ausgabe des VAS-Journals werden wir Ihnen die neuen Landesbeiratsmitglieder vorstellen!

SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von April bis September 2022 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 722 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum April bis September 2022 insgesamt 3.412 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 3.412 Personen waren 936 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 2.067 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 409 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quellen:

<https://www.bra.nrw.de/integration-migration/kompetenzzentrum-fuer-integration/aufnahme-nach-ss-14-des-teilhabe-und-integrationsgesetzes>
https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/7a_Monatsstatistik.html?nn=152658

VON DER ERINNERUNGSARBEIT DER „ERLEBNISGENERATION“ HIN ZUR BILDUNGSARBEIT FÜR DIE HEUTIGE JUNGE GENERATION

§ 96 BVFG: Förderschwerpunkte



Kann ich Menschen verzeihen, die mir alles genommen haben? Kann ich mich zu Hause fühlen, wenn ich meine Heimat verloren habe? Kann ich eine neue Kultur pflegen und mich neuen Perspektiven öffnen, wenn ich die alte nicht vergessen kann?

Menschen, die im Zuge des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurden, können diese Fragen beantworten. Deren Erfahrungen können auch denjenigen helfen, die jetzt als Geflüchtete zu uns kommen. Das für „Geschichte und Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)“ zuständige Referat im Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) unterstützt deshalb Maßnahmen von Heimatverbliebenen, Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern bei ihrer Hinwendung zu heutigen Themen.

Gefördert werden nach § 96 des BVFG gerade auch Projekte, die sich an die jüngere Generation richten, grenzüberschreitende Projekte sowie digitale Projekte wie beispielsweise Podcasts, Zeichentrickfilme oder die virtuellen Heimatstuben. Der Auftrag der Landesregierung lautet, einen Transformationsprozess anzustoßen: Von der Erinnerungsarbeit der so genannten „Erlebnissgeneration“ hin zur Bildungsarbeit für die heutige junge Generation. Einige Beispiele möchten wir hier vorstellen.

Die Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek wird Teil der Ruhr-Universität Bochum

Migration ist kein neues Thema. Wie eigene Traditionen in der Fremde erhalten und welche neu aufgebaut wurden, das lässt sich in der Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek in Herne erforschen. Nun, da sie zu einem „An-Institut“ der Ruhr-Universität Bochum ausgebaut wird, werden noch mehr Studierende auf dieses Angebot aufmerksam werden. Eine neue Professur zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa wurde an der Ruhr-Universität ausgeschrieben. Damit verbunden ist die Leitung der Bibliothek.

► www.martin-opitz-bibliothek.de

70 Jahre Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“

...feiern wir im kommenden Juni. „70 Jahre Begegnung mit Osteuropa – ein Friedensprojekt!“ lautet daher auch das Motto der neuen Ausschreibung. Begegnungen von jungen Menschen können zu gegenseitiger Wertschätzung und zu Freundschaften führen. Deshalb richtet sich der Wettbewerb seit 70 Jahren nicht nur an Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen, sondern auch an Schülerinnen und Schüler aus den Ländern im östlichen Europa.

► www.schuelerwettbewerb.eu

Neuer „Escape room“ im Oberschlesischen Landesmuseum

„Silesia Challenges“ heißt der liebevoll eingerichtete neue Spielraum im Oberschlesischen Landesmuseum (OSLM) in Ratingen-Hösel. In diesem Spielraum – der einer „Milchbar“ nachempfunden ist – können (nicht nur) Jugendliche Rätsel lösen und so spielerisch viel über Schlesien lernen. Die offizielle Eröffnung des Escape rooms ist für Ende November geplant (siehe auch Artikel auf S. 20 und 21 in diesem Journal)

► www.oberschlesisches-landesmuseum.de

Neue Mitmach- und Medienstationen im Haus Schlesien

Medial, interaktiv, zweisprachig – also vollkommen rund-erneuert wurde die Dauerausstellung im „Haus Schlesien“ in Königswinter. Mitmachstationen vermitteln auf anschauliche Weise Informationen und erreichen so auch neue und vor allem jüngere Interessenten. An den Kosten für die Medienstationen, für die Erstellung einer interaktiven Karte sowie für die digital aufbereiteten historischen Ansichtskarten schlesischer Städte hat sich das MKW deshalb finanziell beteiligt. Die technische Gestaltung mit audiovisuellen Techniken entspricht nun einer modernen Museumspräsentation und bezieht die Betrachterinnen und Betrachter aktiv ein. Trotz Corona-Pandemie, Lieferschwierigkeiten und Personalmangel wurde das Projekt in nur fünf Monaten fertiggestellt und im Juni eröffnet. (Einen ausführlichen Artikel hierzu finden sie auf den Seiten 12 und 13 in diesem Heft.)

► www.hausschlesien.de

Heimatsammlungen digitalisieren – Bildungsprozesse initiieren

Das Projekt der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, gefördert durch das MKW, hat bislang 20 Heimatsammlungen in NRW virtuell zugänglich gemacht. Nach dem dieses online ging, sollen nun in einem nächsten Schritt Bildungsangebote entwickelt werden, die Kinder und Jugendliche in Präsenz oder online in die Heimatstuben locken. Das Angebot soll die schulische und außerschulische Bildung über Flucht und Vertreibung sowie über die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ergänzen. In der Schule und vor Ort könnten die Schülerinnen und Schüler dann die Exponate besprechen sowie anhand persönlicher Objekte ihre eigene Familien- oder Fluchtgeschichte überdenken.

► <https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de>

Neuerungen bei der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

Auch im GHH in Düsseldorf soll die nachwachsende Generation noch stärker als bisher als Zielgruppe im Vordergrund stehen. Schulen erhalten vielfältige Informationsmöglichkeiten und die Bildungsangebote wurden thematisch über das 20. Jahrhundert hinaus geöffnet. Zur Gesamtmodernisierung gehört die Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit und in Verbindung damit eine Intensivierung der Social-Media-Kanäle. Außerdem wurde eine klimagerechte Neuausrichtung des Gebäudes in Angriff genommen.

► <https://www.g-h-h.de>

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

Das Museum, das in Detmold in einem Schulzentrum liegt, zieht mit seinen Bildungs- und Begegnungsangeboten viele Schulklassen und Jugendliche an. Aber auch unabhängig von einem Museumsbesuch vor Ort lohnt sich ein Besuch der neuen Online-Ausstellungen. Deshalb war es der Landesregierung wichtig, statt der bisherigen punktuellen Pro-



jektförderung das Museum ab 2022 verlässlich jedes Jahr zu unterstützen.

► www.russlanddeutsche.de

Allen geförderten Projekten gemeinsam ist, dass sie die jüngere Generation ansprechen, einen Beitrag für Frieden und Verständigung in Europa leisten und zu unseren östlichen Nachbarländern Brücken bauen. In den nächsten Ausgaben des VAS-Journals werden wir ausgewählte Projekte ausführlicher darstellen.

EINE BRÜCKE IN DIE ZUKUNFT DES VERBANDES

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland feierte 70-jähriges Jubiläum in Schwerte

VON RAINER LEHNI



*Der Honterus-Chor und die Vereinigte Siebenbürger Blaskapelle NRW umrahmten musikalisch den Festakt zum Jubiläum der Landesgruppe NR
Alle Fotos: Brian Tittes*



Am 3. September 2022 war es so weit: Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland feierte ihr 70-jähriges Jubiläum im Freischütz zu Schwerte. Lange mussten die Landsleute in Nordrhein-Westfalen auf dieses Ereignis warten. Der erste Termin im Herbst 2021 konnte pandemiebedingt nicht stattfinden, nun aber stand an diesem schönen Spätsommertag der Veranstaltung nichts mehr im Wege. Die vielen Kulturgruppen und alle Gäste machten diesen Tag zu einem unvergesslichen Ereignis.

Der Honterus-Chor und die Vereinigte Siebenbürger Blaskapelle NRW umrahmten musikalisch den Festakt zum Jubiläum der Landesgruppe NRW. Eingeläutet wurde der Festtag mit einem Gläschen Sekt bei der Ankunft der Aktiven und Gäste, bei dem man gleich auf das Jubiläum anstoßen konnte. In gemütlicher Runde zusammenzustehen und sich auszutauschen, hatte unseren Landsleuten zwei Jahre lang gefehlt – die Wiedersehensfreude war bei vielen nicht zu übersehen.

Bald schon hörte man die schönen Blasmusikklänge der Vereinigten Siebenbürger Blaskapelle NRW von der Bühne des Freischütz, mit denen der Festakt zum Jubiläum eingeleitet wurde. Die Stimmen des Honterus-Chors Drabenderhöhe, unterstützt von jenen des Wuppertaler Saxonia-Chors, begrüßten die Gäste ebenfalls musikalisch, während die Landesvorstandsmitglieder Angelika Schwager und Winfried Göllner charmant durch das Programm führten.

Zahlreiche Gäste

Der Bundes- und Landesvorsitzende Rainer Lehni freute sich, neben den vielen Gruppen auch eine Reihe von Ehrengästen willkommen heißen zu dürfen: Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Adalbert Raasch, Bundes- und Landesvorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft, Eleonora Faust, Landesvorstandsmitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ingwelde

Juchum, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, und Harald Janesch, Ehrenvorsitzender der Landesgruppe NRW. In seiner Ansprache ging Rainer Lehni anhand von Eckdaten auf die Entwicklung der Landesgruppe NRW ein: von der Gründung am 28. Januar 1951, über die Kohleaktion 1953 und die Gründung der drei siebenbürgisch-sächsischen Bergmannssiedlungen Herten-Langenbochum, Oberhausen-Osterfeld und Setterich (bei Baesweiler), über die Errichtung der großen Siebenbürger-Sachsen-Siedlung Drabenderhöhe und deren Einweihung 1966 bis hin zum Fall des Eisernen Vorhangs und der Aussiedlerwelle Anfang der 1990er Jahre. Im Jahr 1957 übernahm das Land Nordrhein-Westfalen die Patenschaft für den Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, ein herausragendes Ereignis, das sich in diesem Jahr zum 65. Mal jährt. Lehni dankte der Landesregierung für diese Patenschaft, die sich in den letzten Jahren zu einer fruchttragenden Partnerschaft entwickelt hat.

Gleichzeitig wies der Bundes- und Landesvorsitzende auf die Zukunft unseres Verbandes hin, wobei alle Siebenbürger Sachsen gefordert sind, diesen aktiv mit ihrer Mitgliedschaft zu unterstützen, aber auch zu gestalten. Dieses ist möglich, wenn Jung und Alt eng zusammenarbeiten, aber auch in den Familien bereits das Bewusstsein für die siebenbürgisch-sächsische Gemeinschaft geschärft wird. Ausgehend von Robert Gassners Aussage „Wir sind daheim“ bei der Einweihung der Siedlung Drabenderhöhe 1966 ging Lehni ferner auf die Brückenfunktion der Siebenbürger Sachsen in einem zusammenwachsenden Europa →

ein, in dem man immer mehr sowohl im Rheinland und Westfalen wie auch in Hermannstadt oder Kronstadt daheim ist.

Festansprache von Heiko Hendriks

Der NRW-Aussiedlerbeauftragte Heiko Hendriks freute sich, in Lehnis Ansprache als „Freund der Siebenbürger Sachsen“ begrüßt worden zu sein. Er überbrachte in seiner Festansprache die Grüße des Landes NRW und seiner Landesregierung, die stolz seien, Pate

außerhalb des kulturellen Rahmens bauen die Siebenbürger Sachsen für ihren Nachwuchs eine Brücke in die Zukunft des Verbandes, betonte Hendriks. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt den Verband der Siebenbürger Sachsen weiterhin nach Kräften durch die Verleihung des Heimatpreises, eine stetige Förderung und die Förderung im Rahmen der Patenschaft und die Förderung von Veranstaltungen durch Mittel im Rahmen des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes, damit die Arbeit des Verbandes auch in die nächste Generation getragen wird, so Hendriks weiter.

Gäste mit Moderatorenpaar beim Jubiläum der Landesgruppe NRW.

V.l.n.r.: Winfried Göllner, Ingwelde Juchum, Heiko Hendriks, Rainer Lehni und Angelika Schwager.



Ausgehend vom Spruch Ciceros „Historia magistra vitae“ (Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens) würdigte der Aussiedlerbeauftragte die Leistungen der Siebenbürger Sachsen, die mit ihrer Geschichte, ihren Kulturwerten, ihrer Tracht, Musik usw. diese Kultur öffentlich machen, und dieses nicht nur bei Veranstaltungen, sondern auch sehr stark in den sozialen

der Siebenbürger Sachsen sein zu dürfen. Als Aussiedlerbeauftragter habe er festgestellt, dass den Siebenbürger Sachsen etwas gelungen sei, was leider nicht bei allen Landsmannschaften der Fall sei, nämlich die nächste Generation mit anzusprechen. Hendriks zeigte sich ganz begeistert vom generationenübergreifenden Bild, das er beim diesjährigen Heimattag in Dinkelsbühl erlebt habe. Siebenbürger Sachse zu sein, bedeute, eine besondere Geschichte zu haben und bereit zu sein, diese Geschichte als Teil der deutsch-europäischen Geschichte in die Zukunft zu tragen. Dieses mache die Siebenbürger Sachsen in der Landschaft der Verbände der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ein Stück einzigartig, auch wenn der Verband ebenfalls kämpfen muss, den Nachwuchs bei der Stange zu halten. Durch Veranstaltungen



Rainer Lehni mit Heiko Hendriks kurz vor dem Beginn der Veranstaltung.

Medien. Wer aus der Geschichte lernen will, muss sich damit befassen haben und diese Geschichte kennen, so der Festredner. Für den Einsatz in diesem Bereich übermittelte Heiko Hendriks den Respekt und Dank der Landesregierung und sprach seine Wertschätzung den Siebenbürger Sachsen gegenüber aus, die mit ihrem Einsatz und ihren Kontakten wahre Brückenbauer zu ihrer alten Heimat Siebenbürgen und zu Rumänien sind.

Grußwort von Ingwelde Juchum

In ihrem Grußwort überbrachte die stellvertretende Bundesvorsitzende Ingwelde Juchum die Glückwünsche des Bundesvorstandes zum Jubiläum der Landesgruppe NRW und würdigte die vielfältige Arbeit der Landesgruppe und ihre ständige Präsenz in den unterschiedlichen Medien als perfekten Werbeträger für den Verband. In Nordrhein-Westfalen haben viele Landsleute ein neues Zuhause gefunden. Dieses sei kein Widerspruch zu unserer Identität als Siebenbürger Sachsen und dem Wunsch, unsere Traditionen in der Gemeinschaft lebendig zu erhalten, sagte Juchum.

Nach der Kaffeepause präsentierten sich die Kulturgruppen unter dem Motto „Siebenbürgisch-Sächsische Kultur und Brauchtum in NRW“. Stimmgewaltig und doch sehr unterschiedlich zeigten sich die Chöre: der Honterus-Chor Drabenderhöhe, der Chor der Kreisgruppe Dortmund und Umgebung sowie der Saxonia-Chor Wuppertal. Die Vereinigte Siebenbür-



Gemeinsamer Aufmarsch der Tanzgruppen aus NRW, musikalisch begleitet von der Vereinigten Siebenbürger Blaskapelle NRW.

ger Blaskapelle NRW setzte sich aus Musikerinnen und Musikern aus den Blaskapellen Drabenderhöhe, Gummersbach, Herten, Overath und Setterich zusammen und hatte extra für dieses Fest einen gemeinsamen Probetag im Sommer eingelegt. Immer wieder ein Augenschmaus ist der gemeinsame Aufmarsch der Tanzgruppen, bei dem Tänzerinnen und Tänzer aus Dortmund, Herten, Köln, Wiehl-Bielstein und

Wuppertal mitmachten. Nach den Einzelauftritten der Tanzgruppen Wiehl-Bielstein und Wuppertal feigten die rund 20 beteiligten Tanzpaare gemeinsam über das Tanzparkett und wurden frenetisch vom Publikum bejubelt. Den würdigen Abschluss des kulturellen Teils bildete der gemeinsame Auftritt der drei Chöre mit „Af deser Ierd“. Vervollständigt wurde das Programm von Videogrüßen, die einige Kreisgruppen aufgezeichnet hatten und von Landeskulturreferentin Heike Mai-Lehni für dieses Fest aufbereitet wurden. In den Pausen bot sich die Möglichkeit, eine Bildpräsentation mit zahlreichen Fotos aus der Arbeit der Landesgruppe und den Kreisgruppen aus dem letzten Jahrzehnt zu betrachten, zusammengestellt von Landesfrauenreferentin Karin Roth.



Musikalische Feier am Abend

Der Abend gehörte der bekannten Band „Schlager-Taxi“, die das Publikum mit ihrer erfrischenden, begeisternden Art sofort in ihren Bann zog und die Tanzfläche bis zum letzten Lied nicht leer werden ließ. Ob bekannte sächsische Lieder oder aktuelle Hits – für jeden Geschmack war etwas dabei. Gänsehaut entstand beim gemeinsamen Singen von „Wahre Freundschaft“, wobei sich die Tanzfläche in einen großen Singkreis verwandelte.

Das Landesfest in Schwerte war ein richtiger Kulturtag der Siebenbürger Sachsen, zu dem viele Hände beigetragen haben. Neben den vielen Helferinnen und Helfer seien stellvertretend Heike Mai-Lehni (für die Organisation), Daniel Ungar (für die Blaskapellen), Gerda Gusbeth (für die Chöre) und Winfried Göllner (für die Tanzgruppen) genannt – ihnen allen sei gedankt. Ein weiterer Dank geht auch an die Damen des Siebenbürgisch-Deutschen Heimatwerks für den Stand und an die zahlreichen Kuchenspenden aus den Kreisgruppen. Alle miteinander haben beigetragen, dass dieses 70-jährige Jubiläum zu einem wunderbaren Erlebnis wurde. Ein großer Dank geht zudem an das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und die Landeszentrale für politische Bildung für die Förderung dieser Veranstaltung.



„Heimatliebe geht durch den Magen.“:
Jede Region Schlesiens hat ihre Spezialitäten. Interessierte Besucherinnen und Besucher können sich ihr Lieblingsrezept mitnehmen und zuhause nachkochen.



Häuser der neuen Dauerausstellung. (Foto: Haus Schlesien/Paul Meixner)

NEUE DAUERAUSSTELLUNG IM HAUS

Mit rund 100 Gästen – darunter auch prominente Gäste aus Deutschland und Polen – feierte das Dokumentations- und Informationszentrum in Königswinter (DIZ) im Haus Schlesien am 30. Juni die Eröffnung der neuen Dauerausstellung. Neben Dr. Norbert Röttgen, MdB, und einer Vertreterin der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, waren auch Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie polnischer Museen und Universitäten auf dem Festakt anwesend.

Alle Fotos: MKW
(wenn nicht anders vermerkt)

Nach einer zweijährigen Umbauphase öffnete die neue Dauerausstellung des DIZ im Haus Schlesien am 20. Mai für die Öffentlichkeit ihre Pforten. Auf 300 qm können interessierte Besucherinnen und Besucher eine Erinnerungslandschaft erleben und entdecken, die sich analog zum Namen Haus Schlesien, aus acht Häusern mit unterschiedlichen Themen zusammensetzt.

Ermöglicht wurden die notwendigen Umbaumaßnahmen in Höhe von 1,6 Mio. Euro von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Auch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen beteiligte sich an dem Projekt mit weiteren 80.000 Euro. Umgesetzt wurde die Dauerausstellung von der renommierte Gestaltungsfirma Atelier Schubert aus Stuttgart.

Dr. Norbert Röttgen MdB lobte den Beitrag von Haus Schlesien zum Dialog mit Institutionen und Vereinen insbesondere in Polen. Gerade bei der aktuellen Lage sei dies von höchstem Wert. Es war Röttgen, der sich besonders für die Bewilligung der Gelder durch den Deutschen Bundestag einsetze.

„Haus Schlesien“, sagte der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises Sebastian Schuster, „ist ein Ort, an dem gefeiert, getanzt und getagt wird, an dem sich Besucher aber auch umfänglich über die eindrücklichen Nachkriegsjahre informieren können“.



Fluchtwagen einer Flüchtlingsfamilie sowie gepackte – und teils nicht ausgepackte – Koffer, die symbolisch für die Vertreibung und den Heimatverlust tausender Geflüchteter sowie deren Ankommen und Suche nach einer neuen Heimat stehen.



Vitrine mit unterschiedlichen Keramikgegenständen.

Anschlagwand mit Suchmeldungen von verlorenen Kindern und Familienmitgliedern, die infolge von Flucht und Vertreibung überall an Wänden, Zäunen und Laternenpfählen hingen.



Unter dem Titel „So fühlt sich Arbeit an“ werden unterschiedliche Objekte dargestellt, die für die vertriebenen Schlesier in ihrem Alltag und Arbeitsleben eine wichtige Rolle gespielt haben. Neben der Landwirtschaft spielte auch die Textilherstellung, Bergbau, Glas, Keramik- und Porzellanerzeugnisse sowie Metalverarbeitung eine wichtige Rolle für die Wirtschaftsstruktur Schlesiens.

SCHLESILIEN IN KÖNIGSWINTER

Zahlreiche namhafte Gäste aus Polen waren an der feierlichen Eröffnung der Dauerausstellung anwesend oder schickten ihre Grußworte. So hob Dr. Maciej Łagiewski, Direktor der Städtischen Museen Breslau, die „wertvolle Form der Zusammenarbeit, die das Wissen beider Partner vertieft“ hervor. Prof. Marek Hafub von der Universität Wrocław/Breslau lobte die Rolle des Hauses beim Entwickeln von „Initiativen [...], um vor allem jungen Menschen den Zugang zu Schlesien und zum oft unbekanntem Nachbarland Polen zu ebnet“.

Die neue Dauerausstellung thematisiert nicht nur die deutsch-polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts, die besonders für Schlesien und seine Bevölkerung folgenschwere Folgen hatte, sondern auch die reichhaltige Kulturlandschaft Schlesiens. Ziel der Ausstellung ist es, das Bewusstsein um die Vergangenheit wachzuhalten und Verständnis für die unterschiedlichen Sichtweisen auf Schlesien zu wecken. Den jüngeren Generationen kann der Besuch der Ausstellung neue Erkenntnisse und vertiefende Einblicke in die Themenfelder Flucht, Vertreibung und Heimatverlust, die facettenreiche Kulturlandschaft Schlesiens und die deutsch-polnische Beziehung im geschichtlichen Kontext geben.

So bietet z. B. das erste Haus der Dauerausstellung eine Erklärung zu den unterschiedlichen territorialen Zugehörigkeiten Schlesiens in seiner tausendjährigen Geschichte. Ein anderes Haus thematisiert Flucht und Vertreibung während der NS-Zeit und als Folge des Zweiten Weltkrieges. Das letzte Haus widmet sich thematisch der Heiligen Hedwig, die als Schutzpatronin der deutsch-polnischen Versöhnung gilt.

Mithilfe zahlreicher interaktiver Medienstationen werden Hintergrundinformationen, Zeitzeugenberichte und Familienschicksalen den Besucherinnen und Besuchern nähergebracht und durch zahlreiche Original-Exponate und digitale Formate ergänzt. Durch die unterschiedlichen Mitmachstationen wird man angehalten, sich aktiv mit den Themen Flucht und Vertreibung auseinander zu setzen und Bezüge zur heutigen Zeit herzustellen.

Alles in allem ist die neue Dauerausstellung interessant, abwechslungsreich und sehr gelungen. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall!



Foto: Paul Meixner

IM GESPRÄCH

MIT ...

NICOLA REMIG

Leiterin des
Dokumentations- und
Informationszentrums
im Haus Schlesien

Das Haus Schlesien besteht bereits seit über 40 Jahren und bietet seinen Besucherinnen und Besuchern als Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) ein umfangreiches Programm. Was war der Anlass für eine neue Dauerausstellung? Welche Inhalte sind neu dazu gekommen?

HAUS SCHLESILIEN erhielt von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) 2013 den Auftrag, seine Dauerausstellung grundlegend zu modernisieren. Das Museum präsentierte damals eine Fülle schlesischen Kunsthandwerks und traditionelle Objekte bäuerlichen Lebens sowie Erinnerungsstücke an Flucht und Vertreibung. Angesichts der Sehgewohnheiten heutiger Museumsbesucherinnen und -besucher und mit dem Wechsel der Zielgruppen von den Gründern dieses Hauses und der Generation derjenigen, die Schlesien noch bewusst erlebt haben, zu den Kinder- und Enkelgenerationen muss man die Region als bedeutenden Kulturraum grundlegender erklären und in die geschichtlichen Zusammenhänge einordnen. Dies ist in den letzten Jahren in mehreren – z.T. vom Land NRW geförderten – grenzübergreifenden Projekten mit deutschen und polnischen Fachkolleginnen und -kollegen vorbereitet und ausgearbeitet worden, begleitet durch den Wissenschaftlichen Beirat.

Neu ist vor allem die Ergänzung der vielfältigen Exponate aus der Sammlung von HAUS SCHLESILIEN durch mediale und interaktive Vertiefungsstationen sowie die

Einbeziehung der Besucherinnen und Besucher durch analoge und digitale Mitmachstationen. Jede(r) kann nach seinem Erfahrungsschatz und Wissensstand individuell die Ausstellung erfahren und sich je nach Zeit und Interesse mit den Themen vertiefend beschäftigen. Die grundmenschliche Erfahrung des Heimatverlustes ist dabei Dreh- und Angelpunkt, d.h. auch die kulturellen Besonderheiten werden aus der Perspektive der Erinnerung an Schlesien vorgestellt.

Die neue Dauerausstellung ist – analog zum Namen Haus Schlesien – in acht Themenhäuser unterteilt. Welches der acht Themenhäuser bekommt eine besonders positive Resonanz von den Besucherinnen und Besuchern? Welches Themenhaus ist Ihr persönlicher Favorit und warum?

Besucherinnen und Besucher aus allen Generationen sind erfreulicherweise ausgesprochen begeistert von ihrem Rundgang. Das gilt für die Ausstellung ganz allgemein. Ich schätze, dass jede(r) je nach Erfahrungshintergrund ein eigenes „Lieblingshaus“ hat. Die Vertriebenen werden in den Häusern „Der Weg ins Ungewisse“ bzw. „Zuhause und doch fremd“ am stärksten das eigene Familienschicksal entdecken. Historisch Interessierte finden vermutlich in den Modulen „Zwischen den Mächten und Kulturen“ oder dem „Annaberg als deutsch-polnischem Erinnerungsort“ bis hin zur Versöhnungsmesse in Kreisau ihre Favoriten. Liebhaber schönen Kunsthandwerks werden sicherlich am längsten

im Themenhaus zu „Gesammelte Objekte – Versammelte Erinnerungen“ verweilen.

Mein persönliches Lieblingshaus ist das zur Stadt Breslau, weil es die Facetten dieser Metropole in so vielfältigen Objekten wie dem Puzzle-Kunstprojekt des Künstlers Michael Merkel, in Skulpturen, Gemälden, einer Foto-Show und einer digitalen Rekonstruktion der Breslauer Synagoge bis hin zu den berühmten Breslauer Zwergen veranschaulicht.

Welche Bedeutung kommt Breslau – der Europäischen Kulturhauptstadt von 2016 – in der neuen Dauerausstellung zu? Aus welchem Grund wurde der Stadt ein eigenes Themenmodul gewidmet?

In Breslau fokussiert sich brennglasartig das Schicksal Schlesiens mit dem historischen Bruch von 1945. Als Europäische Kulturhauptstadt 2016 knüpft sie mittlerweile wieder an ihre alte Rolle als regionale Kulturmetropole an mit bedeutenden Kultureinrichtungen und Kirchen, Hochschulen, der traditionsreichen Universität, die etliche Nobelpreisträger hervorgebracht hat, und einer proeuropäischen Offenheit ihrer überwiegend jungen Einwohner.

Hatten die Pandemie Auswirkungen auf die Umsetzung und Darstellung der Inhalte der Dauerausstellung?

Die Corona-Pandemie hatte gravierende Auswirkungen auf den Seminarbereich, die Gastronomie und den Hotelbetrieb von HAUS SCHLESILIEN. Die notwendigen Schließungen, der gravierende Personalmangel im gastronomischen Bereich, die Zurückhaltung vieler Gäste bei der Planung von Festen, Familienfeiern und Tagungen, haben enorme Einnahmeausfälle verursacht.

Die Vorbereitungen der Neukonzeption konnten demgegenüber reibungslos weiterverfolgt werden, nicht zuletzt, da über das Bundesprogramm „Neustart Kultur“ die notwendige Infrastruktur für Homeoffice-Arbeitsplätze geschaffen wurde. Die Baustelle schritt weitgehend planmäßig voran, auch wenn es bereits 2020/21 Lieferverzögerungen und Personalausfälle bei etlichen Firmen gab. Insgesamt konnten wir mit viel Einsatz aller Beteiligten die Räume und die Dauerausstellung mit nur wenig Verzögerung eröffnen.

Das Haus Schlesien adressiert mit seinem vielfältigen Programm unterschiedliche Zielgruppen. Wie gelingt es im Rahmen der neuen Dauerausstellung Interesse für Schlesien vor allem bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsene zu wecken?

Ein netter Eintrag in unserem Gästebuch vom 03.10.2022 „Meine Enkelin A.L. hat mich in dieses wunderschöne Museum geführt“ zeigt, Schlesien und die Beschäftigung mit dem Heimatverlust der Eltern und Großeltern ist bei den jüngeren Generationen angekommen.

„ *Nicht die Großeltern nehmen die Kinder mit ins Museum, sondern umgekehrt.* “

Auch unser stets ausgebuchtes Seminar „OMA KOMMT AUS SCHLESILIEN“, das dieses Jahr bereits zum 5. Mal stattfand, belegt das zunehmende Interesse jüngerer Generationen an der Herkunftsregion der Familie.

Für Studierende aus Schlesien sind wir seit mehr als 25 Jahren ein Anlaufpunkt, um vertiefte Kenntnisse über die Region zu bekommen und Deutschland ein wenig kennenzulernen. 6.000 Studierende haben an diesen „Schlesischen Begegnungen“ teilgenommen. Ihnen werden in der neuen Dauerausstellung nun erheblich mehr vertiefende Informationen für die Arbeitskreise und Präsentationen geboten.

Wir arbeiten Angebote für Schulen aus sowie Lehrerfortbildungen, die in den nächsten Monaten an den Start gehen. Auch Vorbereitungen für z.B. Abiturfahrten nach Polen mit Zeitzeugengesprächen gehören zum Vermittlungsprogramm des DIZ. Unser Netzwerk zu den regionalen Schulen muss nach der Schließungszeit wieder reaktiviert werden. Im Schülerwettbewerb NRW engagiert sich die Kollegin Silke Findeisen – auch hierüber gibt es Möglichkeiten, für die neuen Angebote im HAUS SCHLESILIEN zu interessieren.

Beim individuellen Ausstellungsbesuch haben Jugendliche viele Möglichkeiten, die interaktiven und digitalen Ergänzungsangebote zu nutzen und sich mit der Region auseinanderzusetzen. Die Kleinsten werden über einen beispielbaren schlesischen Bauernhof eingebunden oder absolvieren ein Quiz. Wichtig ist uns auch die Entwicklung eines Audio-guides für Kinder, dessen Realisierung noch von der Finanzierung abhängt.

LYCKER HEIMATTREFFEN 2022



1947
»→
2022
KREISGEMEINSCHAFT
LYCK

75-jähriges Bestehen der Kreisgemeinschaft Lyck

Am Sonntag, den 28. August, fand – nach einer zweijährigen coronabedingten Zwangspause – das Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. in ihrer Partnerstadt Hagen statt. Im Gedenken an Flucht und Vertreibung wurden bereits am Vortag Kränze an den Lycker Steinen in Hagen niedergelegt.



Das Kreistreffen stand im Zeichen des 75-jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft Lyck statt. Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee eröffnete die Feierstunde und begrüßte zahlreiche Ehrengäste sowie den Kreisältesten der Kreisgemeinschaft Lyck, Gerd Bandilla.

Unter den Ehrengästen befanden sich Erik O. Schulz, Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Hans Dieter Fischer, 1. Bürgermeister von Hagen, Klaus Arno Lemke, Vorsitzender der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen, Jens Bergmann vom Hagerer Heimatbund, sowie Emanuel Schmidt, Vertreter der Bevölkerungsgruppe der Banather Schwaben.



Die Lycker Gedenksteine im Stadtgarten in Hagen-Wehringhausen (Foto: Wikimedia Commons, Klaus Bärwinkel)

Sie alle richteten in ihrer Funktion ein Grußwort an die Gäste. Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, hielt in seiner Funktion die Festrede, in der er u.a. die Arbeit der Kreisgemeinschaft in den letzten 75 Jahren würdigte. In seiner Rede nahm Hendriks Bezug auf die momentane Situation in Europa, insbesondere den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die noch anhaltende Pandemie. Er wies darauf hin, dass es in der heutigen Zeit wichtiger denn je sei, die Erlebnisse und die Geschichten der Vertriebenen unseren jüngeren Generationen in Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes zu vermitteln. In seiner Funktion sieht der Beauftragte hierin eine seiner Hauptaufgaben.

Ein besonderes Highlight der Feierstunde war die Übergabe einer Ehrenurkunde der Stadt Hagen anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft Lyck. Oberbürgermeister Erik O. Schulz überreichte diese an die Kreisgemeinschaft, in Vertretung ihrer Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee. Musikalisch umrahmt wurde die Festveranstaltung durch das gemeinsame Singen des „Ostpreußenliedes“ und Simon Dachs „Ännchen von Therau“.



← Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung, hält die Festrede.



→ Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, bei Ihrer Eröffnungsrede.



↑ Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz, richtet ein Grußwort an die Anwesenden.



→ Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz, übergibt der Vertreterin der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee, die Ehrenurkunde der Stadt Hagen.

Kreisgemeinschaft Lyck e.V.

Die Kreisgemeinschaft Lyck e.V. wurde 1947 gegründet und ist der überkonfessionelle und unpolitische Zusammenschluss aller Ostpreußen, die im Kreis Lyck geboren wurden und dort Heimatrechte erworben haben, sowie deren Angehörige und Nachkommen.

Die Aufgabe sind nach der Satzung:

- ▶ Erfassung und Zusammenführung aller Familien des Kreises Lyck und deren Angehörige und Nachkommen
- ▶ Familienzusammenführung und Auskunftserteilung
- ▶ Pflege des Zusammenhaltens aller Lycker, verwirklicht durch Herausgabe des einmal jährlich erscheinenden "Hagen-Lycker Briefes"
- ▶ Veranstaltungen von Zusammenkünften der Kreisangehörigen (Orts- Bezirks- oder Hauptkreistreffen) zum Zwecke der Pflege und Erhaltung ostpreußischer Tradition
- ▶ Erhaltung und Pflege heimatlicher Kulturgüter und alten Brauchtums, sowie die Bewahrung und Förderung des anteiligen ostdeutschen Kulturerbes

Quelle: <https://www.kreis-lyck.de/>

Internationale Tagung „VERSAMMELTE ERINNERUNGEN. DIE BUNZLAUER HEIMATSAMMLUNG“

VON PETER BÖRNER

Ausstellung „Versammelte Erinnerungen. Die Bunzlauer Heimatsammlung“ im Haus Schlesien. (Foto: Garbar/MKW)



Ausgerichtet von der Bundesheimatgruppe Bunzlau fand am 12. und 13. Mai in 2022 Königswinter-Heisterbacherrott eine internationale Tagung, anlässlich der Übergabe des Bunzlauer Heimatgutes an Haus Schlesien statt, welches in der Ausstellung „Versammelte Erinnerungen. Die Bunzlauer Heimatsammlung“ dort besichtigt werden kann.

Die Tagung wurde im neuen Sonderausstellungsraum durch Landrat Sebastian Schuster und Bürgermeister Stefan Rosemann, Paten der Bundesheimatgruppe, eröffnet.

Die Archivalien der Heimatgruppe hatte der Rhein-Sieg-Kreis, der Patenkreis der Kreis-Bunzlauer, erhalten. Er hatte auch einen Großteil der Finanzierung der Anreise des jungen amerikanischen Wissenschaftlers, Andrew Demshuk, mittlerweile Geschichtspräsident in Washington, übernommen. Schon als Student war Demshuk von Mitteleuropa fasziniert und forschte wenige Jahre später, jetzt Doktorand, in der Bunzlauer Heimatstube in Siegburg.

Demshuk interessierte die Frage: Wie war es möglich, dass Millionen entwurzelter Menschen sich nicht radikalisiert haben, sondern mit dem Verlust ihrer Heimat leben konnten und sich erfolgreich am Wiederaufbau Deutschlands beteiligten und nicht wenige sogar „Brückenbauer“ zu den neuen Bewohnern der verlorenen Heimat wurden? Eine Erklärung fand er in den „Patenschaften“ von Kommunen, Kreisen und Bundesländern über die Vertriebenen. Sie ermöglichten es, „Heimatgruppen“ zu betreiben, „Heimattreffen“ zu

veranstalten und „Heimatstuben“ einzurichten. So konnte eine Art „Heimat in der Erinnerung“ entstehen, die sich freilich durch später mögliche „Heimatreisen“ als nicht mehr wiederherstellbar erwies. Die Heimatstuben waren also nicht etwa „Brutstätten des Revanchismus“, sondern Hilfen bei der seelischen Verarbeitung des Verlustes und sie setzten zunehmend sogar Impulse zur Begegnung mit der neuen Wirklichkeit.

Zu der Tagung waren auch zwei Experten aus Polen angereist. Tadeusz Orawiec, Kustos am Bunzlauer Keramikmuseum, berichtete aus polnischer Sicht über die langjährige projektbezogene Zusammenarbeit seiner Einrichtung mit den Bunzlauern in Siegburg.

„Kooperation mit Polen“ war auch Thema des Referats von Peter Börner, von 2000 bis 2019 Vorsitzender der Bundesheimatgruppe Bunzlau in Siegburg. Der provokante Titel des Referats „Meilensteine und Stolpersteine“ macht bereits deutlich, dass es beides gab: schöne Erfolge und Enttäuschungen.

Es folgten weitere interessante Beiträge. Abgerundet wurde das Programmangebot am Ende durch eine Wanderung von Haus Schlesien zum romantischen Einkehrhaus im Siebengebirge.

100 JAHRE STADTRECHTE FÜR DAS „GRÖSSTE DORF EUROPAS“

Feierstunde und 35. Hindenburger Heimattreffen in Essen

Die oberschlesischen Hindenburgerinnen und Hindenburger sowie ihre Nachkommen aus der ganzen Bundesrepublik und dem Ausland kommen bereits seit 1953 ein Mal im Jahr regelmäßig nach Essen, um ihr traditionelles Heimattreffen zu feiern. Im selben Jahr – und damit vor mittlerweile 69 Jahren – hat die Stadt Essen auch die Patenschaft für Hindenburg O.S., polnisch heute Zabrze, übernommen. Anlässlich des Jahrestages der Verleihung des preußischen Stadtrechtes fand nunmehr eine Feierstunde in Essen statt.

Zabrze ist eine oberschlesische Großstadt in der Woiwodschaft Schlesien im südlichen Polen, rund 150 km südöstlich von Breslau und etwa 90 km nordwestlich von Krakau und ist ein bedeutendes Zentrum des Oberschlesischen Industriegebietes.

Vor 100 Jahren – am 1. Oktober 1922 – wurde der Landesgemeinde Hindenburg O.S., dem damaligen „größten Dorf Europas“, das preußische Stadtrecht

wichtiges Element der Geschichte der Stadt Essen sei. Sie sei, zusammen mit der 2015 besiegelten Partnerschaft, ein gutes Beispiel für die europäische Ausrichtung der Stadt Essen.

Für die Hindenburgerinnen und Hindenburger in Deutschland richtete auch deren Heimatkreisvertrauensmann, Damian Spielvogel, einige Worte an die Anwesenden und verwies insbesondere auch auf das



OB Thomas Kufen (6. v.l.) zusammen mit den Ehrengästen bei der Feierstunde



OB Thomas Kufen bei seiner Rede
Alle Fotos: Lukas

verliehen. Anlässlich dieses Ereignisses fand am 16. September 2022 eine Feierstunde im Essener Ratsaal statt, an der auch NRW-Beauftragter Heiko Hendriks auf Einladung der Stadt Essen teilgenommen hat.

Oberbürgermeister Thomas Kufen, der zahlreiche Ehrengäste, u.a. auch aus Polen, begrüßen konnte, betonte in seiner Rede, dass die Patenschaft auch ein

am nächsten Tag stattfindende 35. Heimattreffen in Essen hin. Das abwechslungsreiche Programm rundete ein Grußwort des amtierenden stellvertretenden Stadtpräsidenten von Zabrze/Hindenburg Krzysztof Lewandowski, sowie ein Referat der Leiterin des Essener Hauses der Geschichte, Dr. Claudia Kauertz, ab.

ESCAPE ROOM „SILESIA CHALLENGES“ AB 24. NOVEMBER 2022 IM OBERSCHLESISCHEN LANDESMUSEUM

VON KATARZYNA LORENC



Museumsgäste müssen sich schon lange nicht mehr entscheiden, ob sie den Museumsbesuch spielerisch oder lernorientiert angehen wollen. Gamification-Ansätze haben in vielen Museumsbereichen Einzug gehalten und auch das Oberschlesische Landesmuseum wird dieses Format ab dem 24. November 2022 dauerhaft anbieten. Mit einer maßgeschneiderten Geschichte tauchen die Besucherinnen und Besucher in zeitgenössische und historische Handlungsstränge ein und können sich auf Spaß und Bildung freuen.

Der Schauplatz der Geschichte ist ein authentisch eingerichteter Gastraum einer polnischen Milchbar, in dem Oberschlesien mit allen Sinnen erlebt werden kann. Sprache und Dialekt, Esskultur und Fußball sowie Gesellschaft und Politik tauchen dort auf unterschiedliche Weise auf. Die Besucherteams, bestehend aus zwei bis sechs Personen, haben insgesamt sechzig Minuten Zeit, um Aufgaben zu bewältigen, die sie nur durch das Aufspüren, Zusammenfügen und Übersetzen versteckter Botschaften lösen können. Im

Raum gibt es sowohl analoge als auch digitale Elemente – Augmented Reality trifft auf gängige digitale Tools, Schrankschlösser sind zu knacken, alte Telefone zu bedienen. Anfasen ist ausdrücklich erwünscht.

Zur Unterstützung erhalten die rätselfreudigen Journalistinnen und Journalisten einen Aluminium-Hartschalenkoffer. Die Spielenden, die als Medienvertreterinnen und Medienvertreter die oberschlesische Hauptstadt Kattowitz

besuchen, werden per Tablet von ihrem Chefredakteur begleitet. Er hilft aus der Ferne, wo er kann und steuert die Gruppe, wenn nötig. Der Zeitpunkt dieser Recherchereise ist nicht zufällig gewählt – zwei Tage vor der UN-Klimakonferenz am 30. 11. 2018 erreicht die Gruppe Polen, um vor der Konkurrenz an brisante Informationen zu gelangen.

Escape Room als Vermittlungsformat

In den letzten Jahren hat sich die Medien- und Kommunikationswelt kontinuierlich verändert. Es wird daher immer deutlicher, dass Museen nicht nur Wissensspeicher, sondern auch Erfahrungsorte sein müssen. Dabei ist es wichtig,

die jüngere Generation gesehen werden. Niemand, der „nur“ spielen will, wird hier nach Hause geschickt.

Partizipativer Ansatz

Wie bei jedem erfolgreichen Projekt war die Zielgruppe der Ausgangspunkt bei der Konzeption. Hier sind es Menschen, die die Region kennen und solche, die sich noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben. Umso wichtiger war es, einen globalen Ansatz mit einem globalen Ereignis – einer UN-Klimakonferenz – zu schaffen. Mit einer ersten Testphase Mitte September – an der fast 50 Personen teilnahmen – sorgte das Projektteam für den gewünschten partizipativen Ansatz. Der Auswertung der eigens dafür erstellten Fragebögen folgte eine entsprechende Nachjustierung. Schon zu diesem Zeitpunkt konnten sich die Verantwortlichen über eine positive Resonanz freuen. Dieser Schritt sorgte bereits für erhöhte Sichtbarkeit, denn die meisten der Testspielerinnen und Testspieler waren anlässlich der Testphase zum ersten Mal in der Höselers Bahnhofstraße 62.

Der zentrale Antrieb für das von der Kulturstiftung des Bundes geförderte Projekt war es, Wissen zeitgemäß zu vermitteln. Dies wurde auch zu einer Herausforderung in der Projektausarbeitung. Einerseits sollte der Escape Room attraktiv und unterhaltsam sein, andererseits musste er gekonnt mit historischen Fakten und Wissen umgehen. Und so stand das Projektteam vor der Aufgabe, komplexe Inhalte und historische Zusammenhänge herunterzubrechen, ohne die historischen Fakten zu vernachlässigen. Glücklicherweise bietet Oberschlesien als europäische Kultur- und Erinnerungslandschaft eine ideale Kulisse, um Geschichte und Moderne, Kunst und Kultur sowie Transformation und Zeitenwandel zu thematisieren. Oberschlesien ist nicht etwas Vergangenes oder Veraltetes – es ist eine Region inmitten des Wandels, die die brandaktuellen Themen der europäischen Entwicklung widerspiegelt.

Und weil sich das Projektteam so gut in das Thema eingearbeitet hat, wird – Achtung, Spoiler! – 2022 ein weiterer Raum eingerichtet. Dieser soll kurz vor Weihnachten eröffnen.

„Silesia Challenges“ entsteht im Rahmen von „dive in. Programm für digitale Interaktionen“ der Kulturstiftung des Bundes, gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im Programm NEUSTART KULTUR.

Anm. d. Red: Die Autorin ist die Projektleiterin von »Silesia Challenges«



Links: Blick in die polnische Milchbar

Rechts: Der Hartschalenkoffer

(alle Fotos: LeonieLangenFotografie)

individuelle Lösungen zu finden, die zum eigenen Profil passen. Mit interaktiven und digitalen Vermittlungsformen ist ein niedrigschwelliger und erlebbarer Zugang zu inhaltlichen Themen möglich und unerlässlich. Der Escape Room als Vermittlungsformat bietet die ideale Möglichkeit, Themen spielerisch, aber auch individuell zu entdecken. Gleichzeitig kann ein solcher Rätselraum als Appetitanreger verstanden werden, der die Besucherinnen und Besucher zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den Museumsinhalten einlädt. Und so ist das Spielen im OSLM nur als Kombiticket möglich, denn der erhobene Eintritt von 12 Euro pro Person beinhaltet immer auch den Besuch aller Ausstellungen des Hauses. Natürlich hofft das Museum, mit dem Projekt Neugier und Interesse für Oberschlesien zu wecken – sowohl für seine Geschichte als auch für seine Gegenwart. Es geht aber auch darum, neue Zugänge zu den Themen für Nicht-Oberschlesier zu schaffen. Die Methode kann auch als „Lockmittel“ für

Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu Gast beim „Runden Tisch“ mit den SED-Opferverbänden aus NRW

Auf Einladung des Beauftragten der Landesregierung, Heiko Hendriks, fand am 16. November 2022 der vierte „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände aus Nordrhein-Westfalen in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf statt. Diesjährige Referentin und Gesprächspartnerin war die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, aus Berlin.



Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks begrüßte auch der Leiter der Abteilung „Weiterbildung und Politische Bildung“ im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, die Teilnehmenden im Namen der Landesregierung. Er drückte den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände in NRW stellvertretend für alle SED-Opfer seinen Respekt und Wertschätzung aus. Die rechtsstaatliche Regierungsform kann als durch einen Vertrag begründet angesehen

werden, den die Bürger gewissermaßen untereinander schließen. Einen solchen Vertrag muss man auch kündigen, also auch ein Land verlassen können. Ein Staat, der das nicht zulässt, ist ein Unrechtsstaat. Daher sichert er gerne zu: „Die neue Landesregierung hat sich in dem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, auch in dieser Legislaturperiode einen Beauftragten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler zu berufen. Damit wird auch weiterhin gleichzeitig ein Ansprechpartner für DDR-Übersiedlerinnen

und Übersiedler, die noch vor dem Mauerfall nach NRW gekommen sind, sowie SED-Opferverbände, die in NRW ansässig sind, zur Verfügung gestellt.“, so Baumgarten. Der im Jahr 2019 ins Leben gerufene „Runde Tisch“ sei laut Baumgarten ein gelungenes Format, um betroffenen an einen Tisch zu bekommen und in einen Dialog auf Augenhöhe zu treten. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurden nicht nur Gedenktermine gemeinsam begangen, sondern es konnten auch gemeinsame Erfolge, wie z. B. die Aufwertung des Berliner Mauersegments am Düsseldorfer Landtag im April 2022 gefeiert werden.

RÜCKBLICK

Seit 2019 gibt es jährlich einen Runden Tisch mit den Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände. Gäste waren u. a. der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper MdL, Staatssekretär Dr. Mark Speich, die Schriftstellerin Marie-Luise Knopp, der Geschäftsführer des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhruniversität Bochum, Dr. Frank Hoffmann, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, sowie der Parlamentarische Staatssekretär a.D., Klaus Kaiser.

Auch Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und verwies in seinem kurzen Grußwort auf seine Erfahrungen, die er kurz nach der Wende als Historiker an der Technischen Universität Dresden gemacht habe. Ihm sei



Oben: Dr. Anna Kaminsky bei Ihrem Referat.

Rechts: Heiko Hendriks dankt der Referentin.

Alle Bilder: MKW NRW

„Aufarbeitung der Vergangenheit ist nicht nur für die Betroffenen sehr wichtig; es ist für unsere Gesellschaft als Ganzes wichtig, dass wir uns das Geschehene vergegenwärtigen und vor allem die Folgen für die Betroffenen, aber auch die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nehmen. Das wird ein Marathon und kein Sprint und braucht Geduld und einen ‚langen Atem‘.“

Dr. Anna Kaminsky



damals sehr bewusst geworden, wie unterschiedlich und damit auch prägend das Leben in Ost und West war.

Anschließend stellte sich Dr. Anna Kaminsky, seit 2001 Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, den Anwesenden vor und berichtete von ihrer persönlichen Lebensgeschichte, die in der ehemaligen DDR begonnen hat, sowie von den Arbeitsschwerpunkten und Projekten der Bundesstiftung Aufarbeitung. Als ein für sie auch persönlich wichtiges Thema sprach sie an, dass sich die Bundesstiftung auch weiter dafür einsetzt, dass die SED-Diktatur als Unterrichtsthema an deutschen Schulen einen größeren Raum einnimmt.

Im weiteren Austausch hatten Vertreterinnen und Vertreter der SED-Opferverbände die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich mit der Direktorin auszutauschen. Man war sich einig, dass durch die

vielen Ereignisse in der deutschen und auch europäischen Geschichte, die mit dem 9. November verbunden sind, es wichtig sei, auch die Freude über den Mauerfall am 9. November 1989, aber auch das Gedenken an die vielen Opfer, eine angemessene Berücksichtigung in der Berichterstattung finden müssen. Dieses Anliegen unterstützte Frau Dr. Kaminsky im Grundsatz. Sie berichtete über eine Umfrage von 2021 zu „Assoziationen zum 9. November“. 50 % der Befragten fiel spontan nichts zu diesem Tag ein, aber 31 % der Befragten verbanden den Tag mit dem Mauerfall 1989.

Heiko Hendriks dankte Frau Dr. Kaminsky für ihre Teilnahme und beendete die Gesprächsrunde mit den Worten: „Ich habe diesen Austausch als Win-win-Situation für beide Seiten empfunden. Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig und zielführend es ist, sich auch mit den Sichtweisen anderer auseinanderzusetzen,

um anschließend Ideen für gemeinsame Vorhaben und Initiativen zu entwickeln!“

Im Anschluss an das Gespräch tauschte sich Heiko Hendriks über gemeinsame Projekte und Vorhaben mit den SED-Opferorganisationen aus. Ein zentrales Thema war u. a. die Planung für das gemeinsame Begehen des Gedenktags am 17. Juni 2023, dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR (1953). Als sehr positiv wurde von allen Teilnehmenden die Stellungnahme der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, die im letzten Jahr beim Runden Tisch zu Gast war, bewertet, die diese in Bezug auf die Rentenproblematik derjenigen Übersiedlerinnen und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR, die vor dem Mauerfall in den Westen gekommen sind, abgegeben hat. Hier hoffen alle Teilnehmenden auf entsprechende Lösungen im Sinne der SED-Opfer!

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Erinnerung als Auftrag

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde 1998 im Auftrag des Deutschen Bundestags gegründet. Sie hat den gesetzlichen Auftrag, die umfassende Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in SBZ und DDR zu befördern, den Prozess der Deutschen Einheit zu begleiten und an der Aufarbeitung von Diktaturen im internationalen Maßstab mitzuwirken. Gemeinsam mit anderen Institutionen und zahlreichen Partnern im In- und Ausland unterstützt sie die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen in der SBZ/DDR und in Ostmitteleuropa, um das öffentliche Bewusstsein über die kommunistische Gewaltherrschaft zu befördern. Ihre Leitmotive sind Anstoßen und Fördern, Informieren und Vernetzen.

Quelle: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/stiftung/stiftungsauftrag>

v.l.n.r.: Heiko Hendriks, Dr. Anna Kaminsky und Felix-Heinz-Holtschke, Landevorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.), vor Beginn der Veranstaltung.



KRANZNIEDERLEGUNGEN UND ANSPRACHEN ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER

SED-Opferverbände und Beauftragter vor Ort anlässlich des 17. Juni und des 9. November

17. JUNI

Am späten Vormittag des 17. Juni 2022 trafen sich auf Einladung der NRW-Landesgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) an deren Gedenkstein vor dem Rurtal-Gymnasium Düren Vertreter der Stadt, der im Stadtrat vertretenen Parteien sowie Mitglieder des VOS-Landesverbandes NRW zu einer inzwischen traditionellen Kranzniederlegung anlässlich des 17. Juni 1953, dem Beginn des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR vor genau 69 Jahren.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der VOS, Felix Heinz Holtschke, richtete der Bürgermeister der Stadt Düren, Frank Peter Ullrich, Worte des Erinnerns an den Volksaufstand und dessen brutale Niederschlagung durch die Rote Armee und zog dabei Parallelen zu dem schrecklichen Angriffskrieg aktuell gegen die Ukraine.

Einhellig bedauerten die Anwesenden, dass auch in diesem Jahr kein einziger Schüler aus den vier städtischen Gymnasien dieser Gedenkstunde beiwohnte - trotz rechtzeitig eingegangener Einladungen an die jeweiligen Schulleitungen. Bürgermeister Ullrich versprach, für diese einmalige Chance zur Demokratieerziehung junger Menschen im kommenden Jahr, dem 70. Gedenkjahr des Volksaufstandes, im Stadtrat rechtzeitig und verstärkt zu werben. Vor der Gedenkstunde wurden am VOS-Gedenkstein zum 17. Juni 1953 Blumengebinde und Kränze der Stadt Düren, der NRW-Landesregierung und des VOS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen niedergelegt.



9. NOVEMBER

Am 9. November 2022 jährte sich der Fall der Berliner Mauer zum 33. Mal. Anlässlich des Jahrestags legten Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, und Vertreterinnen und Vertreter der VOS e.V. am Vorabend des 9. Novembers Kränze am Mauersegment der Berliner Mauer in Düsseldorf in der Nähe des nordrhein-westfälischen Landtags nieder, um an die Opfer an der innerdeutschen Grenze zu erinnern. Dies war die erste Veranstaltung nach der im April erfolgten Aufwertung des Mahnmals durch Schautafeln.

Sowohl Heiko Hendriks als auch der Vorsitzende der VOS in Nordrhein-Westfalen, Felix-Heinz Holtschke, betonten in ihren Ansprachen, dass auch dieses kleine Zeichen wichtig sei, um deutlich zu machen, dass im tiefen Westen der Republik die Opfer nicht vergessen seien. Bemerkenswert und auch ermutigend fanden beide, dass sowohl Passanten spontan bei dem Gedenken stehen blieben und zuhörten sowie das Bilder von den niedergelegten Kränzen auf verschiedenen Social-Media-Kanälen gepostet wurden.



Bildrechte oben: MKW NRW
Bildrechte links: VOS e.V.



IM GESPRÄCH

MIT ...

FELIX HEINZ HOLTSCHKE

Landesvorsitzender der Vereinigung der
Opfer des Stalinismus (VOS e.V.)

(alle Fotos: FHH Holtschke privat)

Herr Holtschke, was treibt Sie an, in Ihrem Alter noch ehrenamtlich aktiv zu sein?

Für ehemalige politische Häftlinge aus der untergegangenen DDR ist die VOS als älteste SED-Opferorganisation – gegründet 1950 – eine Schicksalsgemeinschaft gegen das Vergessen über begangenes Unrecht. Und wer, wenn nicht die Jüngeren bzw. Junggebliebenen, sollten sonst das Ruder zu deren Interessenvertretung in die Hand nehmen?

Also wie alt sind Sie? Und wo können wir nach Ihren Wurzeln suchen?

Ich bin genauso alt wie unser Verband, also Jahrgang 1950, geboren in Niesky/Oberlausitz.

Sie waren also ein typisches DDR-Kind?

Ja, Kinderkrippe, Kindergarten, Grundschule, dort Jungspäter Thälmann-Pionier, danach mit 14 Erweiterte Oberschule. Abitur mit 18 Jahren im blauen FDJ-Hemd. Danach verließ ich Niesky für immer und ging zum Studium an die Verkehrshochschule „Friedrich List“ nach Dresden. 1972, mit 22 Jahren, zum Diplom-Ingenieur ernannt, einer der jüngsten in der damaligen DDR.

Das klingt alles ziemlich problemlos, ja staatsreu! Gab es gar keine Probleme mit dem sozialistischen DDR-System?

Oh doch! In der 11. Klasse wurde meinerwegen eine FDJ-Versammlung anberaumt, auf der die Führungsoffiziere der Kreisdienststelle Niesky des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von mir vor versammelter Schulleitung und Klasse den sofortigen Abbruch meiner Briefkontakte in das westliche Ausland einforderten. Bei Nichteinhaltung drohten sie mit meiner Relegation von der Oberschule!

Und später an der Hochschule lief politisch alles glatt?

Im September 1968 wurde ich an der Hochschule für Verkehrswesen (HfV) in Dresden immatrikuliert. Dieser Monat war politisch geprägt von der Niederschlagung des Prager Frühling durch den Warschauer Pakt in der damaligen CSSR. Anstelle einer fachlichen Studieneinführung zeichnete sich die erste Hochschulwoche jedoch durch eine massive politische Gehirnwäsche aus. Doch ich kannte als einer der wenigen die tatsächliche Situation vor Ort! Direkt nach dem Abitur nämlich starteten drei Mitschüler und ich eine Fahrradtour in die CSSR und landeten justament am 20. August 1968 in Prag. Einen Tag später donnerten auf dem Wenzelsplatz hautnah russische T54-Panzer an uns vorbei!

Trotz des Erlebten sind Sie ein guter DDR-Staatsbürger geblieben? Wo haben Sie als Absolvent der HfV Ihr Wissen zur Anwendung bringen dürfen?

Ab September 1972 als Statiker bei der Reichsbahndirektion Greifswald. Dort hatte ich beruflich u. a. in der Fähranlage Saßnitz zu tun. Vom dortigen „Sachsenblick“ konnte man die weißen Fähren von und nach Schweden ein- bzw. auslaufen sehen. Es erzeugte bei den DDR-Normalos zwangsläufig ein Sehnsuchtsgefühl nach Reisefreiheit...

1976 zog es Sie aber beruflich weiter...

Ja, nach Berlin, Hauptstadt der DDR, wie sie damals geheißt hat. Vom 5. Stock des führenden Planungsbüros der Deutschen Reichsbahn in der Krausenstraße unweit vom Checkpoint Charlie sah ich tagein tagaus die schreckliche Berliner Mauer. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen, so damals meine geheimsten Gedanken ...

Machte Sie der Blick in den freien Westteil von Berlin etwa nervös?

Irgendwie schon, denn ich konnte nicht genug davon sehen! Endlich war ich den Tälern der Ahnungslosigkeit, wie Niesky, Dresden und Greifswald entronnen, wo man kein Westfernsehen empfangen konnte. Endlich durfte ich mir ein eigenes Bild machen.

Folgten daraus irgendwelche persönlichen Konsequenzen?

Ende der 70iger Jahre begann es in den Großstädten der DDR politisch zu gären, insbesondere auch in Ost-Berlin. Kirchliche und Umweltbewegungen lehnten sich zunehmend gegen den SED-Staat auf.

Insbesondere die fehlende Reisefreiheit – krass sichtbar in der durch die todbringende Mauer geteilten Hauptstadt – bewegten die jungen Menschen extrem. Die Vorstellung, ein Leben lang in der DDR bzw. im Ostblock eingesperrt zu bleiben, steigerte zunehmend unsere Systemkritik am Arbeiter- und Bauernstaat.

Haben Sie damals gegen diesen wachsenden Frust bzw. die Zukunftsangst etwas unternehmen wollen?

Ausbrechen aus dem sozialistischen System DDR mit allen Konsequenzen – dafür fehlte uns anfangs einfach der Mut. Es kam uns jedoch ein Zufall zu Hilfe. Ein Westberliner iranischer Herkunft, den wir in einem Café in der Friedrichstraße kennenlernten, versprach im Sommer 1983 meiner Ehefrau und mir nach anfangs unverfänglichen Gesprächen, uns für 50.000 DM heimlich nach Westberlin schleusen zu lassen ...

Haben Sie das Angebot angenommen und hatten Sie überhaupt so viel Westgeld?

Wir hatten keinen Pfennig in Westwährung! Aber Freunde in Italien und in Schweden. Denen schrieb ich konspirative Bettelbriefe und übergab sie unserem neuen iranischen „Freund“ bei einem seiner darauffolgenden Besuche in Ostberlin mit der Bitte, diese in Westberlin in den Briefkasten zu werfen ...



Mauer bildnis
Oskun 1986

Ist Ihr Freund dieser vertraulichen Bitte zuverlässig nachgekommen?

Nein, dieser Mann mit doppelter Staatsbürgerschaft war ein Stasispitzel und hat unsere Briefe bei Mielke in der Stasi-Zentrale Ruschestraße abgegeben ...

Mit welchen Folgen?

Das MfS eröffnete unmittelbar nach diesem Verrat einen Operativen Vorgang mit dem Ziel der totalen Ausspähung bzw. strafrechtlichen Überführung. Auf Befehl von Generaloberst Mittig, Stellvertreter von Stasi-Boss Erich Mielke, wurde umgehend die sogenannte Maßnahme B realisiert. Das bedeutete die Installation einer Abhöranlage in unserer Wohnung.

Die Stasi wollte Sie also in das offene Messer laufen lassen, um gleichzeitig auch die Schleuser auszuschalten?

Genau das dürfte das Ziel der Operation gewesen sein. Doch dazu kam es vorerst nicht, da wir die 50.000 DM nicht aufbringen konnten.

Auch verschwand der iranische Spitzel plötzlich von der Bildfläche. Im Frühjahr 1984 wurde es jedoch politisch zunehmend unruhig in der DDR. Bei unzähligen jungen Menschen kursierte unter vorgehaltener Hand fast nur noch ein Stichwort. Und das lautete Ausreiseantrag! Und so nahmen auch wir allen Mut zusammen und stellten bei der Abteilung Inneres im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg den ersten Antrag.

Welche Konsequenzen zog Ihre staatskritische Offenbarung nach sich?

Von heute auf morgen stoppte das Krankenhaus Berlin-Friedrichshain die Facharztausbildung meiner Frau. Und ich wurde sofort aus dem Planungsteam Eisenbahnfährranlage Mukran eliminiert. Unser Ausreiseantrag wurde strikt abgelehnt. Doch wir ließen uns nicht entmutigen und dachten, jetzt erst recht und sandten vier weitere Anträge an die Behörden, den letzten an SED-Chef Erich Honecker persönlich ...

Wie hat EH darauf reagiert bzw. reagieren lassen?

Genau so, wie man sich einen Despoten vorstellt. Er schickte am 21. November 1984 seine Stasi-Schergen vor meine Haustür in der Bötzowstr. und ließ mich auf offener Straße verhaften. Meine schwangere Ehefrau holten sie zehn Minuten später aus unserer Wohnung zum Verhör ab ...

” Die Opfer des SED-Regimes dürfen sozial nicht schlechter gestellt werden als deren Peiniger! “

Sie waren nun beide in den Fängen der Stasi. Wie ging es mit Ihnen weiter?

Meine Frau musste von diesem Tag an vier Wochen lang montags bis freitags Punkt acht Uhr zum Verhör in der Stasi-Zentrale in der Ruschestraße erscheinen. Aufgrund ihrer Schwangerschaft durfte sie gegen 16 Uhr wieder nach Hause gehen. Für mich folgte eine vierteljährige Untersuchungshaft in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen ...

Was hat man Ihnen konkret vorgeworfen? Erhielten Sie einen Rechtsbeistand?

Der Vorwurf lautete: Illegale Verbindungsaufnahme zu staatlichen Stellen in der BRD, versuchte Republikflucht sowie verbrecherische Agententätigkeit gegen die DDR (§§ 219, 213 und 100 Strafgesetzbuch der DDR). Unter diesen Anklagepunkten wurden meine Frau und ich Ende Januar 1985 vor dem Ostberliner Stadtgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu zwei Jahren, vier Monaten bzw. drei Jahren Haft verurteilt. Ersten Kontakt zu unserem Rechtsanwalt Wolfgang Vogel erhielt ich nach Abschluss der Stasi-Vernehmungen Anfang 1985.

Was folgte für Sie und Ihrer Frau nach dem Gerichtsprozess?

Meine Frau erhielt aufgrund ihrer Schwangerschaft und der Geburt unserer ersten Tochter Luise am 4. Mai 1985 Haftverschonung. Das hat mich zugegebenermaßen sehr erleichtert und meine Odyssee durch diverse Strafvollzugsanstalten der damaligen DDR etwas erträglicher gemacht ...

Wohin hat man Sie zum Strafvollzug verbracht?

14 Tage in die Haftanstalt Berlin-Rummelsburg, fast acht Monate in das Zuchthaus Cottbus und die letzten 14 Tage bis zum 4. Dezember 1985 in die Haftanstalt Kaßberg in Karl-Marx-Stadt. Von dort aus wurde ich an diesem Tage zusammen mit ca. 30 Kameraden über Herleshäusen nach Gießen in die Bundesrepublik abgeschoben.

„*Nachdem ich aus den Akten erfuhr, wer uns verraten hatte, kehrte bei uns eine gewisse innere Ruhe ein.*“

Sie waren nun in Freiheit, und Ihre Frau mit Ihrer kleinen Tochter Luise?

Am 29. Januar 1986 durfte meine Frau mit unserem neun Monate alten Baby über den Tränenpalast Berlin-Friedrichstraße die DDR im Interzonenzug in Richtung Frankfurt/Main verlassen. Stunden später konnte ich beide dort im Hauptbahnhof endlich in die Arme schließen. Erstmals auch mein Töchterchen Luise ...

Die Familie war nun endlich vereint – wo wollten Sie sich im freien Teil Deutschlands niederlassen und neue Wurzeln schlagen?

Gute Frage, denn wir kannten damals niemanden im Westen, der uns einen guten Rat zur Existenzgründung hätte geben können. Über das Arbeitsamt Frankfurt wurde mir Mitte 1986 jedoch eine Führungsposition bei der Bayer AG Leverkusen im Bereich Logistik angeboten, die ich nicht ausschlagen konnte ...

... und so kamen Sie nach NRW ...

In der Tat! Im Spätsommer 1986 zogen wir von unserem Erstquartier in Wiesbaden in eine Bayer-Werkwohnung nach Köln. Es war für uns alle ein sozialer Glücksfall. Ich blieb diesem Unternehmen 29 Jahre bis zur Pensionierung treu.

Verfolgte Sie Ihre DDR-Vergangenheit, insbesondere Ihre Verfolgung durch das MfS auch noch im freien Teil Deutschlands?

Auf die Angst und die Wut auf das zuvor Erlebte folgten zunehmend die



Erleichterung und das Glücksgefühl, uns von nun an in Freiheit und Demokratie verwirklichen zu können. Von herausragender Bedeutung war für uns jedoch die Wirkung des damals gerade verabschiedeten Stasi-Unterlagengesetzes, dass bei der „Gauck-Behörde“ die Einsicht in die persönlichen Geheimunterlagen ermöglichte (*am 14.11.1991 wurde das Gesetz verabschiedet, Anm .d. Red.*). Nachdem ich aus den Akten erfuhr, wer uns verraten hatte, kehrte bei uns eine gewisse innere Ruhe ein.

Wie gingen Sie mit den IM, den auf Sie und Ihre Frau angesetzten Verrätern um?

Nach der notwendigen Klarnamen-Identifizierung der 21 auf uns angesetzten IMs durch die Stasi-Unterlagenbehörde erhoben wir 1993/94 bei der Berliner Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die drei hinterhältigsten Denunzianten. Ehe die Staatsanwaltschaft jedoch das Verfahren eröffnete, waren die Straftaten der IM „dank“ des Einigungsvertrages genau fünf Jahre nach dem Mauerfall verjährt. Aber wenigstens hat uns das Landgericht Berlin im August 1991 rehabilitiert und wir galten von da an endlich wieder als nicht vorbestraft.

Seit wann sind sie in der VOS e. V. aktiv und welche Funktionen haben Sie inne?

In der Bezirksgruppe Rhein-Ruhr Düsseldorf seit 2001. Seit 2010 auch als aktives Mitglied in der NRW-Zeitzeugengruppe, ein Gemeinschaftsprojekt der VOS mit der Ruhr-Universität Bochum. Die VOS-Generalversammlung hat mich im 2017 zum NRW-Vorsitzenden und im 2021 zum stellvertr. Bundesvorsitzenden gewählt.

Welche Ziele verfolgt die VOS, wo drückt der Schuh?

Oh, er drückt inzwischen an sehr vielen Stellen! Zum einen an der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung der Opfer des SED-Regimes. Aber auch in materieller Hinsicht haben die Opfer der 2. Deutschen Diktatur das Nachsehen gegenüber den ehemaligen DDR-Systemträgern. Die immer älter werdenden Altübersiedler, d. h. die Flüchtlinge und freigekauften politischen Häftlinge, warten nunmehr seit über vier Jahren auf eine konstruktive Antwort auf die Beschwerdepetition 3-19-11-8222-006233 beim Petitionsausschuss des Bundestages in Sachen Fremdrentenunrecht. Auch die statische Opferrente in Höhe von 330€ erweist sich aufgrund der derzeitigen Preis- und Kostenentwicklung weder als auskömmlich noch als gerecht.

Erhalten Sie Unterstützung bei der Durchsetzung Ihrer Forderungen?

Ja, wir werden verstanden und maßgeblich unterstützt

seitens der am 17. Juni 2021 neu in das Amt berufenen SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke, einer aufrechten, sachkompetenten und engagierten Interessenvertreterin derjenigen Mitbürger, die unter der SED-Diktatur zu leiden hatten und ihren Zusammenbruch moralisch als auch ökonomisch wesentlich beeinflusst haben.

Und wer kümmert sich hier bei uns um Ihre Interessen und wie sieht dies aus?

Der Beauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, Heiko Hendriks, kümmert er sich im Auftrag der Landesregierung ausdrücklich auch um die Flüchtlinge, Altübersiedler und freigekauften politischen Häftlinge des SED-Regimes.

In erster Linie erweist uns der Beauftragte, und dahinter steht die NRW-Landesregierung, den notwendigen Respekt und die wohlthuende Würdigung für unseren Kampf gegen den SED-Staat. Konkret gestalten wir gemeinsam die anstehenden Gedenktage, wie den 17. Juni und den Bau und Fall der Berliner Mauer, hier am Mauersegment vor dem Landtag als auch in Düren am VOS-Gedenkstein. Hervorzuheben ist auch der von Heiko Hendriks im April 2019 ins Leben gerufene Runde Tisch aller in NRW aktiven SED-Opfer- und Flüchtlingsverbände. Alle Gespräche bisher fanden in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt. Die drängendsten sozialen Probleme, wie die Revision des Fremdrentenunrechts sowie die notwendige Dynamisierung bzw. signifikante Erhöhung der Opferrente konnten leider bisher nicht nach vorne gebracht werden. Wir erwarten daher von der NRW-Landesregierung endlich proaktive Initiativen im Bundesrat, damit der gordische Knoten in Berlin für diese Kernforderungen endlich durchschlagen werden kann! Schließlich dürfen die Opfer des SED-Regimes sozial nicht schlechter gestellt werden als deren Peiniger!

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Einen würdigen 70. Gedenktag am 17. Juni 2023, aber vor allem Frieden in der Ukraine und überall in der Welt, wo derzeit kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden.

Weitere Informationen zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) finden Sie unter deren Webseite www.vos-ev.de



Gemeinsamer Stand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Heimatverbandes Bruna in Bonn

VON DR. RUDOLF LANDROCK

Auch im Coronajahr 2022 fand mitten in Bonn, auf dem Münsterplatz, der Ostdeutsche Markttag statt. Die SL-Kreisgruppe Bonn gestaltete gemeinsam mit der BRUNA, Heimatverband der vertriebenen Deutschen Brüner, einen Stand.

Auf dem Ostdeutschen Markttag wird alljährlich im Rahmen des Tages der Heimat über Kultur und Geschichte der deutschen Vertreibungsgebiete in Mittel- und Osteuropa informiert. Neben kulinarischen Spezialitäten stellen Heimatkreise, wie die aus Brünn und Stolp, Landsmannschaften, die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bücher, Erlebnis- und Arbeitsberichte usw. vor. Zahlreiche Ausstellungstafeln informieren über Anliegen der Verbände und der Vertreibungsgebiete.

Bei einem abwechslungsreichen Programm auf einer großen Bühne flanieren Besucherinnen und Besucher, welche zufällig in der Bonner Innenstadt weilten, durch die Budenvielfalt. Die Stände befanden sich zwischen dem Beethoven-Denkmal und dem Münsterplatz, in dem 1314 Friedrich der Schöne von Österreich und 1346 Karl IV zu deutschen Königen gekrönt wurden. An den Ständen probierten die Besucherinnen und Besucher Piroggen, Mohnkuchen, baltische Schnäpse, Breslauer Domlikör und weitere Leckerbissen. Sehr gefragt waren die selbstgemachten Siebenbürger Stullen mit Schmalz und Zwiebeln. In farbenfrohe Gewänder gekleidete Trachtenträger und Tanzgruppen aus Schlesien und Siebenbürgen drehten sich auf der Bühne. Manche Interessierte blätterten lieber in den ausliegenden Büchern und Broschüren

oder unterhielten sich mit den Standbetreuern. Höhepunkt der Stimmung war der Auftritt des Musikcorps Köln-Flittard e. V. Diese rheinische Musikgruppe trat mit 17 Personen auf. Da die Flittarder ein breites Repertoire an böhmischer Blasmusik anzubieten hatten, konnte sie durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft Bonn erfolgreich ins Kulturprogramm des Ostdeutschen Markttagess vermittelt werden.

Stephan Krüger von der BRUNA stellte das Musikcorps vor und betonte die Bedeutung, dass Teile der Vertriebenenkultur durchaus Eingang in einheimische Kultur gefunden haben. So profitierten beide Seiten.

Dank einer Zusendung durch die Sudetendeutschen Landsmannschaft – Bundesgeschäftsstelle gab es reichlich Infomaterial über Kultur und Geschichte der Sudetendeutschen. Obwohl das Wetter im Gegensatz zu den früheren Jahren relativ regnerisch war, kamen doch immer wieder Interessierte an den Stand. Viele davon schwelgten in Kindheitserinnerungen, wenn sie von den Orten sprachen, in denen sie geboren wurden und aufwuchsen.

Die BRUNA, der Heimatverband der Brüner, hatte viel Brünn-Literatur mitgebracht. Für den schnellen Leser gab es ein kurzgefasstes Falblatt. Ausführlicher war eine breite Darstellung



Stand des Heimatkreises Bruna e.V.



Stephan Rauhut (4.v.r.) mit Mitwirkenden (Alle Bilder Bruna e.V.)

über Kultur und Geschichte im „Brünn im Wandel der Zeit“. Wer, angeregt durch die Bruna-Ausstellungen, etwas über herausragende Brünner Persönlichkeiten wissen wollte, konnte im „Lexikon berühmter Brünner Persönlichkeiten“ fündig werden. Über das dunkle Geschichtskapitel, den Brünner Todesmarsch mit 5200 Opfern, informierte das ausliegende Buch „Nemci ven“. Wer etwas über die Brünner Mundart wissen wollte, konnte in „Brinnarisch“ fündig werden.

Stephan Rauhut, der Bundesvorsitzende der Schlesier und BdV-Kreisvorsitzender, eröffnete den Markttag. Ausgehend vom Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ wies er auf das Elend von Flucht und Vertreibung hin. Infolge des Krieges in der Ukraine sei dies leider ein aktuelles Thema.

Denn auch in der Ukraine lebten noch immer Deutsche als historische Minderheit. Zwar habe man das alles unter das Gesamtdach „Deutsche aus Russland“ gepackt. Durch die Ereignisse in den letzten Monaten wollten aber die Deutschen aus der Ukraine nicht mehr unter diesem Dach eingeordnet werden. Neu geschaffen habe man deshalb einen Ukraine-Stand. Rauhut hatte den Vorsitzenden der deutschen Minderheit der Ukraine nach Bonn eingeladen. Krankheitsbedingt konnte Wladimir Leysle leider nicht kommen. Stattdessen wurde sein Grußwort verlesen.

Darin berichtete er von den großen Kriegszerstörungen. Er hoffe auf eine Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem Krieg.

Rauhut kam auch auf die Lage der Deutschen in Polen zu sprechen. Ähnlich, wie in der Zeit des Kommunismus werde auch jetzt wieder die deutsche Minderheit in Polen diskriminiert. Der Unterricht in deutscher Sprache werde für etwa 50.000 schulpflichtige Kinder der deutschen Volksgruppe massiv behindert. Die nationalistische Regierung streiche den größten Teil des Deutschunterrichts. Rauhut sieht darin eine Stimmungsmache der regierenden PiS-Partei im Vorfeld der Parlamentswahlen 2023. Es dürfe nicht dahin kommen, dass die Kinder auf der Straße verheimlichen müssten zur deutschen Minderheit zu gehören. So sei es zur Zeit des Kommunismus gewesen. Rauhut wies auf die kulturelle Bereicherung unseres Kontinents durch den Reichtum an Kulturleben der Völker und Volksgruppen Europas hin. Diese Vielfalt sei ein Schatz, der erhalten und gepflegt werden müsse. Veranstaltungen, wie der Ostdeutsche Markttag, führte Rauhut aus, seien aktive Kulturpflege und trügen zur Integration und zur Verständigung bei.

„TAG DER POMMERN“ IM GERHART-HAUPTMANN- HAUS IN DÜSSELDORF

VON W. MAHN

Am 17. September 2022 fand im Gerard-Hauptmann-Haus in Düsseldorf der „Tag der Pommern“ statt. Der Landesvorstand der Pommerschen Landsmannschaft, Landesgruppe NRW e. V. hatte im Rahmen der jährlichen Veranstaltungsplanung für das Jahr 2022 einen solchen Tag für notwendig erachtet, da in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren keine Landestreffen abgehalten werden konnten. Nun schauten die Planungsverantwortlichen mit großer Zuversicht auf diese Veranstaltung, die ein gemütliches aber auch informatives Zusammentreffen von Mitgliedern der Orts- und Kreisgruppen aus Nordrhein-Westfalen und gern gesehenen Gästen sein sollte.

Der Landesvorsitzende Adalbert Raasch begrüßte alle Anwesenden und erinnerte in seiner Ansprache an die schwierige Zeit der Pandemie für alle Menschen, aber auch und insbesondere für unsere Gemeinschaft. Er verwies auf den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der mit seinen Gräueltaten und Flüchtlingsströmen viele Wunden in unserer Erinnerung wieder aufreißt. Wir fühlen mit den Betroffenen!

Nachdem das Ensemble „Geigenleut“ mit seinem Leiter Winfried S. Küttner PhD, mit ihren norddeutsch/pommerschen Musikstücken auf den gemeinsamen Tag eingestimmt und Vorstandsmitglied Burkhard Wruck eine kurze Andacht gehalten hatte, begrüßte Raasch den Gastredner Prof. em. Dr. Jürgen Kohler. Er war von 1991 – 2018 Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald und von 1994 bis 2000 Rektor



*Adalbert Raasch, Landes- und Bundesvorsitzender
Bund der Pommern*

der Hochschule. Sein Vortragstitel lautete „Pommersche Kultur und Geschichte – Wege in eine lebendige Zukunft.“

Prof. Dr. Kohler begann seinen Vortrag mit einer Bestandsaufnahme. Er fragte, wie es denn um Pommern, um seine Geschichte und Kultur in unserem Land und dem Land Mecklenburg-Vorpommern stehe. Dem Zuhörer zeichnete er ein Bild, das so manch einer weiß, aber nicht wahrhaben wolle. Die Politik im Bund und im Land Mecklenburg-Vorpommern sei darauf ausgerichtet, der Provinz Pommern keinen besonderen Stellenwert in der Forschung und kulturellen Darstellung einzuräumen.

Es gebe fast keine Lehrstühle an den Universitäten für das Thema Pommern und das besondere pommersche Landesmuseum werde zum allgemeinen Museum mit einer Leitung, die keine Beziehung zu Pommern habe. Die DDR hatte die Bezeichnung Pommern in seiner geographischen Darstellung gestrichen und Vorpommern als Ost-Mecklenburg benannt. Das hatte und hat bis heute noch seine Spuren in der Bevölkerung



Prof. Dr. Kohler bei seinem Vortrag.

bei deren Identität zu Vorpommern und zu Pommern hinterlassen. Die Politik ziele darauf ab, Mecklenburg-Vorpommern als ein Land zu definieren, in dem der Begriff Vorpommern nur eine geringe Bedeutung habe. Das pommersche Landesarchiv sei in Auflösung, die Professur für pommersche Geschichte sei an der pommerschen Universität Greifswald gestrichen worden. Maßgebende Exponate würden in Museen nach Rostock und Schwerin und leider auch nach Polen verlagert. Die Schulpolitik verhindere nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern einen wissenschaftlichen Umgang mit Pommern, sondern allgemein mit der Geschichte und der Kultur der Vertreibungsgebiete.

Verschiedene Aspekte

Doch Prof. Dr. Kohler benannte auch das Positive zu diesem Thema. Regionalmuseen, wie z.B. in Barth, Stralsund usw., pommersche Vereine, um nur einige zu nennen, wie die „Gesellschaft für pommersche Geschichte“ und der „Pommerscher Greif e. V.“ Verein für Familienforschung zeigten noch aktives Leben für die Geschichte Pommerns. Zu nennen sei auch die Historische Kommission für Pommern, die auf eine über 110jährige Geschichte zurückblickt. Nicht zu vergessen seien engagierte Wissenschaftler, die sich dem Thema Pommern widmen, die aber sehr oft von der Politik geblockt würden. Doch es gebe auch Hoffnung! Engagierte Wissenschaftler gründeten im April 2022 in Greifswald die Stiftung „Pommersche Stiftung für historische Bildung“ mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit. Weder die Kuratoren noch die Führung der Stiftung kommen aus der Politik, um deren Einfluss so gering wie möglich zu halten. Das kann ein Weg in eine lebendige Zukunft für Pommerns Kultur und Geschichte sein. Wir aber müssen uns die Fragen stellen: Wie können wir die Zukunftsfragen zu unserer Heimat Pommern mitgestalten? Wie bleiben Geschichte und Kultur lebendig? Wie können wir an der Weiterentwicklung teilhaben?

Der Vorsitzende Adalbert Raasch dankte Prof. Dr. Kohler für seinen interessanten und motivierenden Vortrag, der bestimmt noch für Diskussionsstoff in den verschiedenen Gremien der Landsmannschaft bereithält. Nach der Mittagspause gestaltete das Ensemble „Geigenleut“ mit Volksliedern und Tänzen aus Pommern und dem norddeutschen Raum den Rest des Nachmittags. Lieder zum Mitsingen lockerten das Konzert auf.

Vorstandmitglied Burkhard Wruck hält eine Andacht umrahmt vom Ensemble „Geigenleut“ (Alle Fotos LdP; Illustration: Wikimedia Commons, Nomadic1)



DIALOGVERANSTALTUNG DER KULTURSTIFTUNG 2022

Das im Jahr 2020 erstmals initiierte und 2021 fortgesetzte Format „Kultureinrichtungen im Dialog“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen hat sich trotz der Coronapandemie der vergangenen beiden Jahre zu einer festen Plattform des Austausches zwischen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen untereinander und mit fachlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen des



§ 96 BVFG-Förderbereichs entwickelt. Bei der diesjährigen Veranstaltung unter dem Titel „Kultureinrichtungen im Dialog“ am 9. und 10. Juni 2022 in Hannover, bei denen auch NRW-Beauf-

tragter Heiko Hendriks als Podiumsteilnehmer zugegen war, wurden erneut Impulse für eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG gesetzt. Im Rahmen der Begegnungstagung wurde auch das laufende Projekt der Kulturstiftung zur Entwicklung von Bildungsformaten im schulischen und außerschulischen Bereich vorgestellt. In Themenblöcken zur Erinnerungskultur, zu Heimatsammlungen, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Arbeit von Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Vertriebenen sowie der Wissenschaft wurde so der Erfahrungsaustausch zu aktuellen Fragestellungen über Fachbereichsgrenzen hinweg erneut gefördert. (Foto: KdV)

HEIKO HENDRIKS HÄLT FESTANSPRACHE BEIM TAG DER HEIMAT IN ISERLOHN



Beim diesjährigen Tag der Heimat in Iserlohn konnte BdV Vorsitzender Arno Lemke neben dem CDU-Bundstagsabgeordneten Paul Ziemiak auch drei Landtagsabgeordnete begrüßen: Inge Blask SPD, Matthias Eggers CDU sowie Thorsten Schick CDU. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Iserlohn waren zugegen. Die Festrede hielt der Beauftragte der Landesregierung, Heiko Hendriks. Die russlanddeutsche Künstlerin Helena Goldt erfreute mit ihrem Gesang die Zuhörerschaft.

BDV NRW WÄHLT NEUEN LANDESVORSTAND

Mit einer coronabedingten Verspätung wählte der BdV NRW am 20. August 2022 seine neue Führung. Landesvorsitzender wurde Rudi Pawelka (im Bild 3.v.r.), der das Amt nunmehr seit April 2016 wahrnimmt. Gewählt wurden als stellvertretende Landesvorsitzende Frau Dr. Bärbel Beutner, Hans-Peter Mann und Heinrich Zertik. Der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Rüdiger Scholz (MdL) trat nicht mehr zur



Wahl an. Landesschatzmeister blieb Rainer Lehni, der auch Bundesvorsitzender der Siebenbürger Sachsen ist. Mit Volker Braun, Eleonora Faust und Peter Harder konnten als Beisitzer junge Mitglieder gewonnen werden. Drei Bezirksvorsitzende Frau Roswitha Möller (Nord), Alfred Kotisch (Mitte) und Stephan Rauhut (Süd) gehören als die in ihren Bezirken gewählte Vorsitzende ebenfalls zum Landesvorstand.

ZUR GESCHICHTE DER RUSSLANDEUTSCHEN IN MÜLHEIM AN DER RUHR

Die Geschichte der Russlanddeutschen – vom glücklichen Ankommen, neuen Wurzeln, neuer Heimat und verständnisvollem Miteinander – stand im Mittelpunkt einer Ausstellung in der Wandelhalle im Mülheimer Rathaus, die in Gegenwart von Heiko Hendriks (im Bild links), Beauftragter der Landesregierung, und des örtlichen SPD Landtagsabgeordneten Rodion Bakum (2 v.l.) im Juni eröffnet wurde und für die Dauer von vier Wochen zu sehen war. In einer Mitteilung teilte die Stadt mit, „dass für Mülheim an der Ruhr mit einem beachtlichen Anteil an Deutschen aus Russland diese Ausstellung eine besondere Bedeutung hat, da sie über die deutschen Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und ihre Geschichte grundlegend informiert und somit neben der Vermittlung von geschichtlichem Wissen auch zum Abbau von Vorurteilen und zur weiteren Verbesserung der Akzeptanz russlanddeutscher Spätaussiedler in der deutschen Gesellschaft beiträgt.“



(Foto: Stadt MH)

MONOLITH E. V. ERHIELT DEN INTEGRATIONSPreis DER STADT PADERBORN

Der Integrationspreis 2021 der Stadt Paderborn ging an den Verein Monolith. Ehrengast der Preisverleihung war die Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Gonca Türkeli-Dehnert (im Bild 4.v.r.).



(Foto: Monolith e.V.)

„Der Verein leistet seit vielen Jahren hervorragende Arbeit in Paderborn. Er unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund dabei, sich in der neuen Heimat einzufinden und ein selbstbestimmtes Leben zu führen“, schrieb die Stadt in einer Mitteilung. Es gehörten zahlreiche Freizeit- und Bildungsangebote, Beratungen und Projekte für Jung und Alt – insbesondere auch für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler - zum Tagesgeschäft des Vereins. Der Integrationspreis würdigt alle zwei Jahre besonderes Engagement im Bereich der Integration in Paderborn.

20. JUNI: GEDENKTAG FÜR DIE OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG

Auch am diesjährigen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung hat der Beauftragte der Landesregierung, Heiko Hendriks, auf Einladung des Bundes der Vertriebenen (BdV) NRW zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des BdV in der Gedenkstätte des deutschen Ostens auf Schloss Burg in Solingen der Opfer gedacht und einen Kranz niedergelegt. In seinem Grußwort wies er u. a. darauf hin, dass „die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen es als eine wichtige Aufgabe ansieht, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen wachzuhalten. Die Zahl derjenigen, die vertrieben worden sind, wird zwar zunehmend kleiner, aber immerhin leben noch rund 550 000 Menschen heute in Nordrhein-Westfalen, die Flucht und Vertreibung am eigenen Leib erfahren mussten. Solange die Möglichkeit besteht, mit dieser Erlebnisgeneration ins Gespräch zu kommen, sollte diese Chance genutzt werden.“ (Foto: BdV NRW)





Das vom 13. bis 15. Juni 2022 bundesweit ausgerichtete Symposium, welches maßgeblich von der von der Heimvolkshochschule des St. Hedwigs-Hauses, einer in NRW ansässigen Bildungseinrichtung gestaltet wurde, thematisierte die öffentliche Wahrnehmung der Deutschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.



Dr. Hans-Christian Petersen bei seinem Impulsvortrag zur Sichtbarkeit und Vielstimmigkeit der Deutschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Die Veranstaltung schloss an zwei durch die Bundeszentrale für politische Bildung ausgerichtete Fachtagungen „Aussiedlung, Beheimatung, Politische Teilhabe“ in 2017 und „Perzeption, Partizipation, Politische Bildung“ in 2018 an und überführte die dortigen Ergebnisse in einen aktuellen Austausch. Das umfassende Dossier „Russlanddeutsche“ der Bundeszentrale unterstreicht dieses wichtige Themenfeld und macht den Informationsbedarf – auch im Rahmen von politischer Bildung deutlich.

Mediale Darstellungen der Deutschen aus Russland sind häufig durch unhinterfragte Pauschalisierungen und Stereotypisierungen geprägt. Zugleich nehmen aber auch populistische Plattformen Einfluss auf die Meinungsbildung der Deutschen aus Russland und dortige Botschaften werden nicht selten unkritisch aufgenommen. Diese vielschichtige Ausgangslage zeigt den Bedarf an einer vertieften Auseinandersetzung zu Deutschen aus Russland im Kontext von Medienrezeption und Mediennutzung.

Das Symposium verfolgte das Ziel, gemeinsam mit Expertinnen und Experten sowie Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter und der interessierten Öffentlichkeit die Medienperzeption wie auch die Medienpartizipation der Deutschen aus Russland zu diskutieren. Dabei wurden Perspektiven und Erkenntnisse aus unterschiedlichen Bereichen wie Wissenschaft, Kultur, Journalismus und Interessenvertretungen in der Politik vertieft und erörtert, wie Deutsche aus Russland perzipiert ((wahrgenommen; Anm. →

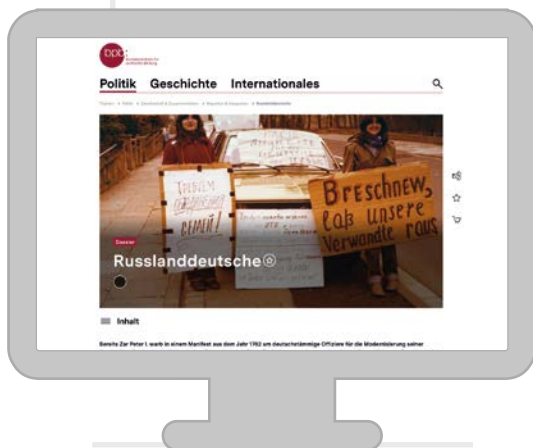
d. Red.) werden bzw. wie sie sich selbst wahrnehmen und kommunizieren. Im Zuge von Fachvorträgen, Impulsen, Podiumsdiskussionen, Workshops und informellen Austauschmöglichkeiten vernetzten sich die Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis, um aktuelle Debatten weiterzuentwickeln und Themen an gesamtgesellschaftliche Diskurse anzuschließen.

Das Symposium in Fulda bildet einen Kernbestandteil des Projekts. Im Zentrum von intensiven Podiumsdiskussionen und Vorträgen, fachlichen Impulsen und praxisbezogenen Workshops standen mediale Darstellungen und Wahrnehmungen Deutscher aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion ebenso wie deren Meinungen und Anliegen. Von Seiten der Politik waren die jüngst berufene Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik, die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Hessen, Margarete Ziegler-Raschdorf, sowie der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in NRW, Heiko Hendriks, vertreten und bereicherten den Austausch. Auch der zuständige Abteilungsleiter im NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Prof. Dr.

Hans-Ulrich Baumgarten, nahm an einer Podiumsdiskussion teil. Deutlich wurde, dass sich die heterogene und vielschichtige Zusammensetzung der Gruppe Deutscher aus Russland auch in ihren Themen widerspiegelt.

Neben der Identifizierung von Bedarfen für eine differenziertere Informations- und Geschichtsvermittlung wie die Weiterentwicklung migrationssensibler Angebote der politischen Bildung zeigte sich auch, dass Erfahrungen, Biografien und Anliegen von Menschen aus dem postsowjetischen Raum generell häufig noch zu wenig Beachtung finden und ihre Stimmen nicht selten ungehört bleiben. Ebenso wurde deutlich, dass das mediale Bild Deutscher aus Russland nach wie vor von Verallgemeinerungen, Vorurteilen und Stereotypisierungen geprägt ist.

So besteht auch weiterhin Bedarf an Austausch und Begegnung, an Gesprächen und persönlichem Miteinander nicht nur in der Gruppe der Deutschen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion selbst, sondern auch mit und in der Gesamtgesellschaft.



Das Dossier „Russlanddeutsche“ der Bundeszentrale für politische Bildung ist unter www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche abrufbar.

WORTE UND MUSIK – EIN LYRISCH-MUSIKALISCHER KONZERTABEND

Im Rahmen des Symposiums fand ein Konzertabend im grünen Saal des Bonifatiushauses der Katholischen Akademie statt.

Bei dem Akademieabend wurden einfühlsame und persönliche Perspektiven auf Menschen mit russlanddeutschen Biografien geworfen, deren Vorfahren seit dem 18. Jahrhundert in verschiedenen deutschsprachigen Kolonien an der Wolga, im Kaukasus, am Schwarzen Meer und anderen Regionen des damaligen Russischen Reiches siedelten. Unter Stalin wurden sie unter unmenschlichen Bedingungen in Arbeitslager nach Sibirien, Kasachstan und hinter den Ural deportiert, viele von ihnen ermordet – traumatische Erfahrungen, die Menschen über Generationen hinweg bis heute prägen. Diese Vielfalt an Zugängen zu Wurzeln und Erinnerungen, zu Identität(en) und Zugehörigkeit(en) wurden im Verlauf dieses Abends aufgegriffen und Werke unterschiedlicher



↓ Podiumsgespräch u.a. mit Heiko Hendriks, ganz rechts im Bild.

↑ **Karsten Pieper** (Bildungsreferent St. Hedwigs-Haus e.V.), **Gunter Geiger** (Direktor Katholische Akademie Fulda), **Heiko Hendriks** (Beauftragter der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern), **Natalie Pawlik** (Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten), **Katharina Heilmann** (Pädagogische Mitarbeiterin St. Hedwigs-Haus e.V.), **Margarete Ziegler-Raschdorf** (Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Hessen), **Dr. Nike Alkema** (Direktorin St. Hedwigs-Haus e.V.)

Foto: Bistum Fulda



Künstlerinnen und Künstler vorgetragen, die sich diesen Fragen musikalisch oder lyrisch näherten.

Die Literaturwissenschaftlerin Dr. Lilli Gebhard widmete sich im Rahmen ihrer Gedichte, herausgegeben in ihrem Band "Wie Schatten werden", behutsam den Fragen nach Heimat und Heimatlosigkeit, nach Sehnsucht und Schutzsuche, nach verdrängten Verlusten und vergessenen Erinnerungen. Mit Darbietung ausgewählter Werke von Chopin, Liszt, van Beethoven und Paderewski nahmen die Pianistin Joanna Goranko und der in Fulda aufgewachsene Pianist Vinzent Reinisch die ca. 70 begeisterten Zuhörerinnen und Zuhörer mit auf eine beeindruckende musikalische Reise voll trauriger wie beschwingter Emotionen.

So war Beethoven zu einer Studienreise von Bonn nach Wien aufgebrochen und von dort nie wieder zurückkehrt. Chopin und Liszt, die sich beide nach Paris begaben, weil sie weder im Ungarn noch im Polen der damaligen Zeit eine musikalische Perspektive hatten. Oder auch Ignacy Paderewski, der

im Gebiet der heutigen Ukraine geboren wurde. In vielen ihrer Werke klingen Fremdheit und Herkunft, Sehnsucht und Schicksal an. Beide Musikerinnen und Musiker studieren an der Hochschule für Musik Franz Liszt in Weimar und sind Preisträgerinnen und Preisträger zahlreicher Klavierwettbewerbe.



**HEIKO HENDRIKS ERSTMALS ZU
GAST IN DINKELSBÜHL**

72. Heimattag des Verbandes der Siebenbürger Sachsen

„Selbst der Himmel hat Freudentränen vergossen!“, rief der Bundesvorsitzende Rainer Lehni bei seiner Festrede am Pfingstsonntag, dem 5. Juni, auf dem Weinmarkt in Dinkelsbühl aus. Der Himmel freute sich mit den Tausenden Siebenbürger Sachsen, die sich nach zwei Corona-Jahren im mittelfränkischen Dinkelsbühl wiedersahen. Selbst der anfangs starke Regen hielt die 2.300 Trachtenträgerinnen und -träger nicht davon ab, am Festumzug durch die mittelalterliche Stadt teilzunehmen. Unter dem Motto „Wurzeln suchen – Wege finden“ wurde vom 3. bis 6. Juni 2022 ein niveauvolles und vielseitiges Programm gestaltet, das für jeden Geschmack etwas bot. Tags zuvor wurde der Heimattag offiziell eröffnet. Die Bundesbeauftragte Nathalie Pawlik und NRW-Beauftragter Heiko Hendriks hielten die Festreden.



Bischof Reinhart Guib, der auch die Predigt im Sonntagsgottesdienst gehalten hatte, überbrachte bei der Festkundgebung vor der Schranne den Pfingstgruß der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien.

Rainer Lehni, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, dankte in seiner Festansprache für die kulturelle Unterstützung, die die Siebenbürger Sachsen durch Bund und Länder erfahren. Die Siebenbürger Sachsen seien fest entschlossen, ihre Brückenfunktion in Europa weiter wahrzunehmen und ebenso ihre Gemeinschaft und Kultur zu pflegen. Der europäische Zusammenhalt sei angesichts des Ukraine-Kriegs von existenzieller Bedeutung, betonte Lehni. Zugleich forderte er Rentengerechtigkeit für die Aussiedlerinnen und Aussiedler in Deutschland ein und kritisierte gegenüber den rumänischen Behörden die jahrelange Verzögerung bei der Rückgabe von im Kommunismus enteignetem Vermögen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann würdigte in seiner Festrede den großen Beitrag der Vertriebenen und Aussiedlerinnen und Aussiedler in ihrer neuen bayerischen

Bischof Reinhart Guib überbringt den Pfingstgruß.



Rainer Lehni hält die Festansprache.

Heimat. „Seit Jahrzehnten gestalten auch die Siebenbürger Sachsen unser Land mit und bereichern es mit ihrer Kultur. Die alte Heimat tragen Sie nach wie vor fest im Herzen, aber Sie lieben inzwischen genauso auch Ihre neue Heimat.“ Das Motto des Heimattages 2022, „Wurzeln suchen – Wege finden“, richtet sich insbesondere an die Jugend, die „heute so zahlreich und wie immer in schmucker Tracht auf dem Heimattag präsent ist“. Die Siebenbürger Sachsen seien echte Brückenbauer zwischen ihrer alten Heimat in Rumänien und ihrer neuen in Bayern: „Sie leben uns auf vorbildliche Weise vor, was Heimat ausmacht und warum wir sie in der heutigen Zeit mehr denn je brauchen“, so der Innenminister.

Auch Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, forderte in seiner Festrede eine Gleichbehandlung der Aussiedlerinnen und Aussiedler und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im geplanten Härtefallfonds und darüber hinaus eine gerechte Neuregelung im Rentenrecht. Den Heimattag in Dinkelsbühl bezeichnete er als „schlüssig, stimmig und wunderbar“ und pries ihn als passenden Ort, um die siebenbürgisch-sächsische Kultur und Identität zu pflegen.

Feierliche Eröffnung am Vortag

Zur Eröffnung des Heimattages am Samstag, dem 4. Juni, in der Schranne hieß Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer alle Gäste in ihrer Stadt Dinkelsbühl herzlich

willkommen. Man hätte zwei Mal vorlieb nehmen müssen mit Online-Heimattagen und Videobotschaften aus dem Spitalhof versandt. Das könne man mit einer Präsenz-Veranstaltung wie heute nicht vergleichen. „Der Mensch ist ein soziales Wesen, er muss sich austauschen, sich kennenlernen, miteinander kommunizieren, damit etwas Vernünftiges herauskommt. Sprache und Austausch sind die Grundlage jedes Verständnisses und gedeihlichen und gemeinsamen Mit-einanders.“ Deshalb finde er es toll, „dass Dinkelsbühl dieses Pfingstwochenende wieder das Zentrum der Siebenbürger Sachsen weltweit ist.“

Es sei ein Markenzeichen der Siebenbürger Sachsen, wahre Europäer zu sein, betonte Natalie Pawlik, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, bei der Eröffnung des Heimattages. In ihrer Festansprache zeigte sich die SPD-Politikerin beeindruckt von dem kulturellen und gesellschaftlichen Einsatz der Siebenbürger Sachsen. Sie würdigte ihre Rolle als europäische →





Natalie Pawlik bei der Eröffnung des Heimattages.



Brückenbauer und bedankte sich für ihre offene, solidarische Haltung gegenüber Flüchtlingen. Die neue Bundesbeauftragte kündigte an, sich für Anliegen der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Politik und Öffentlichkeit persönlich stark zu engagieren.

Der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland leiste mit seinen Verbindungen und Möglichkeiten „europäische Verständigungspolitik und Friedenspolitik im Kleinen mit großer Wirkung“, betonte Heiko Hendriks, Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern und Vertreter des Patenlandes Nordrhein-Westfalen, bei der Eröffnung des Heimattages. Nordrhein-Westfalen bekenne sich mit Stolz zur Patenschaft, die das Land 1957 für den Verband der Siebenbürger Sachsen übernommen habe. Hendriks berichtete in seiner Festansprache mit viel Empathie über das erfolgreiche Wirken der Siebenbürger



Heiko Hendriks bei seiner Festansprache.

Sachsen. Auch politisch mache er sich stark für sie und forderte eine Korrektur des Fremdrentengesetzes, um die Rentengerechtigkeit bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern zu beseitigen.

Die bayerische Aussiedlerbeauftragte Sylvia Stierstorfer, die sich als Kümmerin für die Vertriebenen und Aussiedlerinnen und Aussiedler versteht und einsetzt, freute sich über die tolle Jugendarbeit, die die Siebenbürger Sachsen leisten. „Bleiben Sie weiterhin so engagiert, so motiviert. Halten Sie in diesen bewegten Zeiten zusammen. Der Frieden in Europa ist das Wichtigste, das es zu verteidigen gilt, und dafür setzen wir uns alle gemeinsam ein“, betonte die CSU-Politikerin in ihrem Grußwort.





Joachim Herrmann bei seiner Festrede.

Alle Fotos:
Verband der
Siebenbürger
Sachsen



Vielseitiges Programm

Zum Programm des sehr gut organisierten Heimattages gehörten Ausstellungen, Konzerte, Vorträge, Tanzveranstaltungen, eine engagierte Podiumsdiskussion zum aktuellen Thema „Identität in neuer Umgebung“ und – als kultureller Höhepunkt – die Preisverleihungen am Pfingstsonntag in der St.-Pauls-Kirche. Der Siebenbürgisch-Sächsische Kulturpreis 2021 ging an Prof. Dr. Erika Schneider und Dr. Sigrid Haldenwang, der Unternehmer Michael Schmidt wurde mit der Stephan-Ludwig-Roth-Medaille ausgezeichnet und Hans-Martin Tekeser erhielt die Carl-Wolff-Medaille, die erstmals gemeinsam vom Verband und der Carl Wolff Gesellschaft verliehen wurde.





HEIKO HENDRIKS ZU BESUCH IN BRESLAU

VII. KULTURFESTIVAL DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN POLEN

Unter der Schirmherrschaft von Frank-Walter Steinmeier, Präsident der Bundesrepublik Deutschland und Andrzej Duda, Präsident der Republik Polen, fand am 10. September das VII. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen in Breslau statt.

← Eröffnung des Kulturfestivals durch Blasorchester



Austausch am Rande des Festivals zwischen dem VdG, BdV und Heiko Hendriks.

Der Festakt wurde ursprünglich alle drei Jahre in der Jahrhunderthalle in Breslau – auch „Kathedrale der Demokratie“ genannt – veranstaltet und bietet der deutschen Minderheit in Polen die Gelegenheit einem breiten Publikum ihre deutsche Kultur näherzubringen. Aufgrund der Pandemie konnte das Festival im letzten Jahr nicht wie geplant stattfinden und wurde daher nun in 2022 nachgeholt. Zum ersten Mal seit der Ausrichtung des Kulturfestivals war kein Vertreter der polnischen Regierung auf dem Festival vertreten.

Organisiert wurde das Festival vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft (VdG), der ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt hatte. Zahlreiche Gruppen der verschiedenen Organisationen der deutschen Minderheit aus ganz Polen haben auf der Bühne ihr reichhaltiges Kulturprogramm präsentiert. Die künstlerischen Stars des Abends war das Schlagerduo Anna Carina Woitschack und Stefan Mross.

Das vielfältige Rahmenprogramm begann bereits samstags morgens mit einem Gottesdienst im Breslauer Dom. Die feierliche Eröffnung des Festivals wurde anschließend um 12 Uhr durch den Einmarsch der anwesenden Blasorchester eingeleitet, gefolgt vom gemeinsamen Singen der polnischen und deutschen Nationalhymne sowie der Europahymne.

Als Erster richtete Rafat Bartek, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft, sein Grußwort an die Gäste und hieß alle willkommen. Weitere Grußworte folgten von Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale

Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft (VdG)

ist eine Dachorganisation der deutschen Minderheit in Polen mit Sitz in Oppeln, die sich seit 30 Jahren für den Erhalt und die Pflege der deutschen Kultur, Sprache und Tradition einsetzt. Im Fokus der Tätigkeit steht eine intensive Kultur-, Medien- und Bildungsarbeit sowie die Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen durch eine Brückenfunktion, um bestehende gegenseitige Vorurteile in der Gesamtgesellschaft abzubauen.

► vdg.pl/de



Jahrhunderthalle in Breslau –
Veranstaltungsort des VII. Kulturfestivals



Dr. Thomas Bagger, Botschafter
der Bundesrepublik Deutsch-
land, richtet ein Grußwort an die
geladenen Gäste.

Martin Kremer, Generalkonsul
in Breslau, begrüßt die Gäste

Minderheiten, Thomas Bagger, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Ryszard Galla, Abgeordneter des polnischen Parlaments und Zuzanna Donath-Kasiura, Vizemarschallin des Marschallamtes der Woiwodschaft Oppeln. Das umfangreiche und abwechslungsreiche Kulturprogramm und Auftritte der zahlreichen Gruppen der deutschen Minderheiten erstreckte sich bis zum Abend und erfreute sich großer Beliebtheit bei den Besucherinnen und Besuchern. Zeitgleich waren im Foyer zahlreiche Stände der deutschen Minderheitenorganisationen vertreten, die die Vielfalt der Aktivitäten der Organisationen zeigten. Zusätzlich wurden Begleitveranstaltungen wie Ausstellungen, Auftritte im Foyer und Diskussionsrunden angeboten. Besondere Highlights für die jüngeren Gäste war u.a. die Theateraufführung „Geburtstagsgeschenk für Janosch“, eine Jugenddebatte in Form einer Talkshow „Junges Europa

2022 – Herausforderungen für die Zukunft“ sowie Zumba für Groß und Klein.

Am Rande des Festakts gab es ein Zielgruppengespräch zwischen dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft und dem Bund der Vertriebenen (BdV), bei dem auch Heiko Hendriks anwesend war. Thema des Gesprächs war die Kürzung des deutschen Muttersprachlichen Unterrichts in Polen.

Empfang im Generalkonsulat

Aus Anlass des VII. Kulturfestivals der deutschen Minderheit in Polen gab sich der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Breslau, Martin Kremer, am Vorabend des Festivals die Ehre, Gäste zu einem Empfang im

Heiko Hendriks (Bildmitte) mit Vertreterinnen und Vertretern der
Oberschlesier aus Kassel im Garten des Generalkonsulats



Stand Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland.
V.l.n.r.: Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler
im Freistaat Sachsen, Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen und Hartmut Koschky, Ratsvorsitzender der Stiftung
Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland, im Gespräch





V.l.n.r. Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Rafał Bartek, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft, Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler

Generalkonsulat in Breslau einzuladen. Unter den geladenen Gästen waren neben Heiko Hendriks u. a. Rafał Bartek, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft, Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen.

Auf dem Empfang hatten die Gäste die Gelegenheit, sich im Vorfeld auszutauschen und auf das Kulturfestival einzustimmen. Eröffnet wurde der Empfang vom neuen Generalkonsul in Breslau, Martin Kremer, der seit August 2022 das Deutsche Generalkonsulat in Breslau leitet, sowie von Dr. Thomas Bagger, seit Juli 2022 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen.

Alle Fotos: MKW NRW



DEUTSCH ALS MINDERHEITENSPRACHE IN POLEN

Im Februar 2022 hat das Parlament der Republik Polen entschieden, die Finanzmittel für die Unterrichtung von Deutsch als Minderheitensprache erheblich zu kürzen. Dies hat zur Folge, dass sich die Stunden für Deutsch als Minderheitensprache von drei auf eine Stunde in Polen reduzieren. Diese Maßnahme wurde damit begründet, dass den in Deutschland lebenden Polinnen und Polen kein herkunftssprachlicher Unterricht Polnisch zur Verfügung stünde.

Die Polonia in Nordrhein-Westfalen wird vielfältig gefördert. Das Land Nordrhein-Westfalen engagiert sich u. a. seit vielen Jahren für die in Deutschland lebenden Polinnen und Polen sowie die polnischstämmigen Menschen. Rund 5.000 Kinder nehmen das Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts in Polnisch erfolgreich wahr. Das Land NRW stellt hierfür rund 40 Lehrer-Vollzeitstellen zur Verfügung. Der Vorwurf, dass Deutschland sich nicht an der Kulturpflege der Polonia beteiligt, ist für Nordrhein-Westfalen unbegründet.

In Polen leben viele nationale und ethnische Minderheiten, jedoch betrifft die Kürzung der Stunden des Minderheitenunterrichts nur die deutsche Minderheit.

Rafał Bartek, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft, kritisiert, dass Polen als demokratischer Staat und Mitglied der Europäischen Union die Kinder der deutschen Minderheit, dessen Bürger sie sind, mit seinen erheblichen Mittelkürzungen für Deutsch als Minderheitensprache diskriminiert.

CHRONIK DES NRW LANDESBEIRATS FÜR VER- TRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUS- SIEDLERFRAGEN

KAPITEL 6 – IM STICH GELASSEN? – NEUE OSTPOLITIK

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland war von Beginn an gegen die alliierte Verfügungsgewalt über Deutschland – beispielsweise 1945 in Potsdam – gerichtet. Die Regierung Adenauer verfocht die Position, dass die vorläufigen Grenzen in Europa, welche Deutschland in drei Teile separierten, nur eine Übergangslösung bis zu einer friedensvertraglichen Neuregelung darstellten. Gemäß der konfrontativen Haltung im Kalten Krieg baute auch die Bundesrepublik ihre eigene Konfliktlinie mit der Sowjetunion und insbesondere dem Regime in der Sowjetischen Besatzungszone auf. Man vermied die Bezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“ und sprach abwertend von der „Regierung Pankow“, benannt nach einem Ost-Berliner Stadtteil. Darüber hinaus prägten Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin und rechtliche Kontinuitätslinien des Deutschen Reiches die Außendarstellung der westdeutschen Republik. Diese befand sich damit im Einklang mit den ebenfalls dem kommunistischen Lager ablehnend gesonnenen westlichen Verbündeten, hier zuvorderst den Vereinigten Staaten von Amerika.

Doch in den 1960er-Jahren, insbesondere nach dem Abtritt Konrad Adenauers als Bundeskanzler, vollzog sich ein allmählicher Wandel innerhalb der weltpolitischen Konstellation, welcher die Bundesrepublik zunehmend unter Druck setzte. Nach dem beinahe in die Katastrophe eines Atomkrieges mündenden Höhepunkt der

Blockkonfrontation zu Beginn der Sechzigerjahre, hervorgerufen durch Mauerbau und Kuba-Krise, entspannte sich das Verhältnis der beiden Supermächte USA und UdSSR zunehmend und man entwickelte auf dem Verhandlungsweg Mechanismen zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung. Auch in Europa versuchten die Staaten, über die Akzeptanz des Status Quo ein dauerhaftes friedenssicherndes System der Koexistenz zu schaffen. Die Bundesrepublik war bald der einzige Staat, der den Status Quo nicht anzuerkennen bereit war. Ihre Position erschien zunehmend überholt.

Nach dem Scheitern der Koalition aus CDU/CSU und FDP unter Kanzler Ludwig Erhard (CDU) vollzog sich 1966 ein wichtiger grundlegender Wandel in der bundesrepublikanischen Politik. Die erste Große Koalition unter dem neuen Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) wurde gebildet und modifizierte die bisherige Außenpolitik gegenüber den östlichen Staaten.

Hatte zuvor Außenminister Gerhard Schröder (CDU) noch eine sogenannte „Randstaaten-diplomatie“ betrieben, bei der insbesondere die zwischen der DDR und der Sowjetunion liegenden Staaten in die diplomatischen Bemühungen mit einbezogen wurden, um den zweiten deutschen Staat diplomatisch zu isolieren, so versuchte Außenminister Willy Brandt (SPD) nun auch den anderen deutschen Staat und die

Sowjetunion in seine Bemühungen mit einzubeziehen. Die grundsätzlichen außenpolitischen Kontinuitäten wurden aber aufrechterhalten. D.h. es wurde weder an der völkerrechtlichen Gültigkeit der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 noch am Alleinvertretungsanspruch und nur hinter den Kulissen an der Hallstein-Doktrin, welche die Zusammenarbeit mit den Staaten, welche die DDR diplomatisch anerkannt hatten, ausschloss, gezweifelt. Die Prioritäten, welche christdemokratische Regierungen bis dahin verfolgt hatten, wurden also auch unter Bundeskanzler Kiesinger nicht aufgegeben.

Parallel dazu vollzog sich allerdings ein gesellschaftlicher Wandel. Angeregt durch innenpolitische Veränderungen – etwa die Studentenbewegung – begann die SPD über ihre außenpolitischen Grundsätze nachzudenken. In den frühen Sechzigerjahren strebte sie, ebenso wie die CDU, die Wiederherstellung der Grenzziehung von 1937 und die Überwindung des zweiten deutschen Staates an. Doch auf dem Nürnberger Parteitag von 1968 manifestierte sich ein Trend, der sich in den Monaten zuvor bereits angedeutet hatte.

Willy Brandt, inzwischen auch Parteivorsitzender der Sozialdemokraten, erklärte den Delegierten, warum er sich fortan für eine Anerkennung des territorialen Status Quo auszusprechen gedenke und ernsthafte diplomatische Kontakte zur DDR aufnehmen wolle. Obgleich die SPD den Vorschlägen ihres Vorsitzenden mehrheitlich folgte, zeigte sich eine Minderheit von zumeist deutschland- oder vertriebenenpolitisch aktiven Sozialdemokraten erzürnt über den neuen Kurs der Partei. Um die herausragenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten des Bundes der Vertriebenen (BdV) jener Zeit Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs und Herbert Hupka bildete sich ein innerparteilicher Widerstand, welcher der neuen Richtung aber letztendlich kaum mehr etwas entgegenzusetzen vermochte.

Die SPD wollte mit einer klaren Alternative zur CDU Regierungsverantwortung übernehmen und erhielt zudem von der FDP eindeutige Signale, dass diese für eine etwaige Koalition bereitstünde. Die Bundespräsidentenwahl von 1969,



*Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts) mit Außenminister Gerhard Schröder (1910–1989 / Mitte) 1960.
Bildrechte Konrad-Adenauer Stiftung*



*Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt (2.v.l.) besucht Erfurt (DDR) 1970.
Bildrechte Wegemann*

bei welcher sich der gemeinsame sozialliberale Kandidat Gustav Heinemann (SPD) durchsetzte, war das entscheidende Signal zur außenpolitischen Wende.

Das Wahlergebnis des erbittert geführten Wahlkampfes 1969 spiegelte die tiefe Spaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft wider. Die als Modernisierer angetretene sozialliberale Koalition erreichte eine knappe Mehrheit vor den Unionsparteien. Insbesondere aufgrund der Gemeinsamkeiten in außenpolitischer Hinsicht wurde rasch die erste sozialliberale Bundesregierung gebildet, welche noch 1969 Kontakte zur Sowjetunion bezüglich eines neuen Weges in der bundesrepublikanischen Ostpolitik aufnahm. Die Haltung der osteuropäischen Staaten war spätestens seit der Konferenz von Karlsbad im April 1967 eindeutig und unverrückbar: Nur durch eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze und der DDR als souveränem zweiten deutschen Staat konnte überhaupt eine Gesprächsgrundlage erreicht werden. Wollte das sozialliberale Kabinett →



Wenzel Jaksch (rechts.) beim Heimattreffen von Vertriebenen in Kiel 1969. Bildrechte Stadtarchiv Kiel



Unterzeichnung des Prager Vertrages 1973. Bildrechte Bundesarchiv

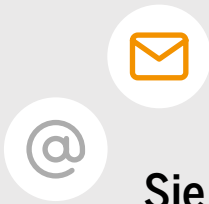
die anvisierten außenpolitischen Ziele erreichen, musste es mit den grundsätzlichen Positionen der Bundesregierungen seit 1949 brechen.

Obgleich der Widerstand nicht nur bei den Oppositionsparteien, sondern auch besonders bei den betroffenen Opfervereinigungen wie den Vertriebenen sich ständig verstärkte, setzte sich die Regierungslinie durch. Deren Devise Wandel durch Annäherung hatte Egon Bahr (SPD) ausgegeben, der als rechte Hand Willy Brandts nun zum Architekten der Ostverträge und somit der Neuen Ostpolitik wurde. In zähen und schwierigen Verhandlungen setzte Bahr einen Kompromiss zwischen der (neuen) bundesdeutschen und der starren osteuropäischen Linie durch. Im Ergebnis entstanden vier zwischenstaatliche Verträge. Zunächst wurde im August 1970 der Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet, wenige Monate später folgte im Dezember 1970 der Warschauer Vertrag mit der damaligen Volksrepublik Polen. Später schlossen sich der Grundlagenvertrag mit der DDR (Dezember 1972) sowie der Prager Vertrag mit der damaligen Tschechoslowakei (Dezember 1973) an.

Die Bundesrepublik erkannte die Oder-Neiße-Linie als Grenze für die Dauer ihrer staatlichen Existenz an, schloss aber die Möglichkeit einer Neuregelung durch einen noch immer ausstehenden Friedensvertrag zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und einem wiedervereinigten Deutschland nicht aus. De jure blieb die Grenzfrage also offen, wie dies das

Bundesverfassungsgericht 1973 und 1975 bestätigte, de facto wurde eine Regelung getroffen, welche dem inzwischen fast dreißig Jahre andauernden territorialen Status quo Rechnung trug.

Bei den durch die Neue Ostpolitik in besonderer Weise betroffenen Vertriebenen und Flüchtlingen stießen die Verträge auf ein außerordentlich kontroverses Echo. Auch innerhalb der Regierungsparteien SPD und FDP war der von Bundeskanzler Brandt und seinem Außenminister Walter Scheel (FDP) eingeschlagene Kurs nicht unumstritten. In diesem Zusammenhang verließen mehrere Bundestagsabgeordnete die Fraktionen der Koalitionsparteien und traten zur oppositionellen CDU/CSU-Fraktion über, darunter waren der bekannte Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka und weitere Vertriebenenfunktionäre. Die Folge war, dass die Regierung ihre bereits zuvor knappe Mehrheit im Parlament verlor. Als jedoch im November 1972 ein neuer Bundestag gewählt wurde, errangen SPD und FDP eine deutliche Stimmenmehrheit; die SPD wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stärkste politische Kraft vor der CDU/CSU. Auf der Grundlage dieses klaren Wählervotums konnte die zweite von Willy Brandt und Walter Scheel geführte Bundesregierung den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs der Neuen Ostpolitik konsequent fortsetzen.



Sie möchten das VAS-Journal kostenlos bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen? Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter claudia.brecht@mkw.nrw.de

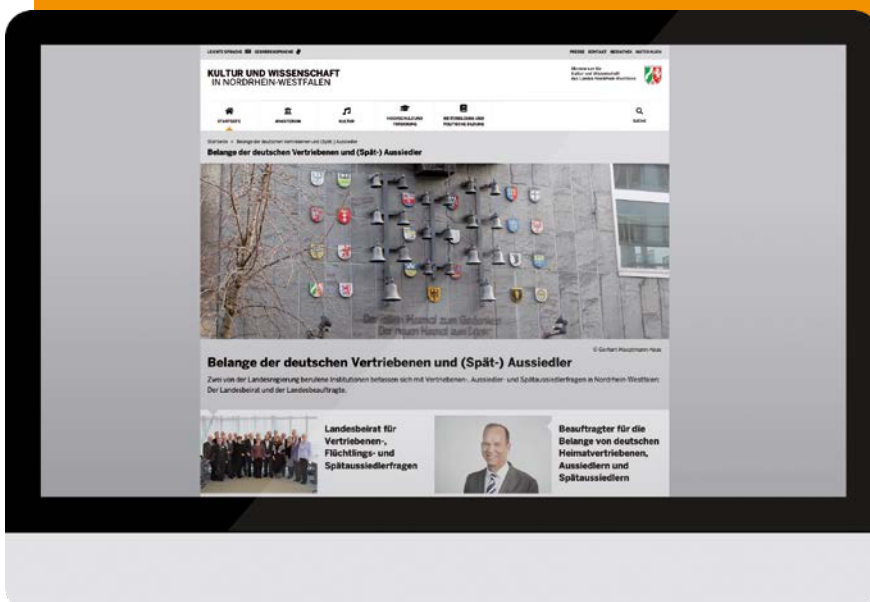


2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online:

<https://www.mkw.nrw/belange-der-deutschen-vertriebenen-und-spaetaussiedler>

Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Folgen Sie uns auch auf TWITTER und INSTAGRAM unter @VABNRW

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Büro des Landesbeauftragten und die Geschäftsstelle des Landesbeirates befinden sich im
RW14-Gebäude
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Die Postanschrift lautet:

Landesbeirat
im Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
40190 Düsseldorf

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: landesbeirat@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam:

Claudia Brecht, Julia Garbar, Heiko Hendriks

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von dem Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: www.abindendruck.de

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
landesbeirat@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen dem freien Meinungsaustausch der Mitglieder von Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Dezember 2022

